

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben

Dem Wiener Gemeinderat wurde für seine Beratung über den Voranschlag 1986 als Orientierungshilfe ein Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1986—1990 vorgelegt, der die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben unter den zugrunde gelegten Annahmen und ohne Berücksichtigung künftig zu treffender Budgetentscheidungen aufzeigt. Der eigentlichen Vorschau ist eine Analyse der budgetären Entwicklung der Jahre 1980 bis 1984 vorangestellt. Bei jenen Schulden, deren Schuldendienst aus allgemeinen Deckungsmitteln zu tragen ist, war in den Jahren 1981 und 1982 jeweils eine Nettoneuverschuldung (Schuldaufnahme abzüglich Zinsen) in der Größenordnung von fast 3 Millionen S zu verzeichnen, die jedoch 1983 und 1984 auf 259 bzw. 170 Millionen S herabgedrückt werden konnte. Somit ist im Wiener Finanzhaushalt eine sehr wirksame Konsolidierung eingetreten, zu der sowohl Maßnahmen auf der Einnahmenseite als auch eine strikte Zurückhaltung bei den Ermessensausgaben beigetragen haben. Im Finanz- und Investitionsplan wurde festgelegt, daß im Rahmen einer vorsichtigen und den jeweiligen konjunkturellen Gegebenheiten und Erfordernissen angepaßten Finanz- und Budgetpolitik die Bemühungen um eine Konsolidierung Priorität haben und konsequent fortgesetzt werden müssen.

Im Jahre 1985 wurden die „Wiener Wirtschaftsberichte“, die zweimal pro Jahr erscheinen, wieder veröffentlicht sowie mit der Wiener Handelskammer und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung die „Wiener Konjunkturberichte“, die quartalsweise herausgegeben werden, erarbeitet. Die Studien über die „Auswirkungen von Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Sektor“ und den „Bedarf an diplomierten Krankenpflegern in Wien“ wurden in Auftrag gegeben. Mit der Erstellung einer Untersuchung über die „Branchenspezifischen und regionalen Auswirkungen der Ausgaben der Stadt Wien im Jahr 1983“ wurde ein externer Gutachter betraut. Ferner hat die Abteilung in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung für den gesamten Magistrat „Richtlinien für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen durch Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien“ erstellt. In diesem Zusammenhang wurden auch neue, allgemein gültige Vertragsrichtlinien erarbeitet.

Die Revisionsstelle konnte im Jahre 1985 Abgabefehl beträge in einer Höhe von rund 89 Millionen S feststellen. Bei dieser Überprüfung wurden jedoch auch in Einzelfällen überhöhte Abgabenerklärungen bzw. -zahlungen ermittelt, was bei 556 Fällen zu einer „Plusdifferenz“ von rund 3,8 Millionen S führte, deren Rückzahlung veranlaßt wurde.

Mit der Kundmachung des Landeshauptmannes, vom 15. April 1985, LGBl. für Wien Nr. 24, wurde das Gesetz über die Einhebung einer Abgabe von unvermieteten Wohnungen aufgehoben.

In Anpassung an eine mit 1. Jänner 1985 erfolgte finanzausgleichsgesetzliche Regelung wurden das Wiener Ankündigungsabgabengesetz und das Versteigerungsabgabengesetz mit den Gesetzen vom 22. Jänner 1985, LGBl. für Wien Nr. 28 (Ankündigungsabgabe) und Nr. 29 (Versteigerungsabgabe), novelliert, wobei jedoch keine Änderung der materiellen Rechtslage eingetreten ist. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 22. März 1985, Pr.Z. 921, erfolgte ferner die Neuausschreibung der Steuer auf die entgeltliche Abgabe von Bier im Bereich der Getränkesteuer.

Mit dem LGBl. für Wien Nr. 51 vom 24. Oktober 1985 wurde das Müllabfuhrgesetz geändert und dadurch die rechtliche Grundlage für einige kundenfreundliche Regelungen geschaffen. Das Gesetz über die Kanalräumungs- und Kanalgebühren wurde mit Beschluß des Wiener Landtages vom 11. Dezember 1985 — eine Kundmachung des Gesetzes erfolgte bisher nicht — geändert. Diese Novellierung schaffte ebenfalls die gesetzliche Grundlage für einige Veränderungen, die der Bevölkerung zugute kommen. So kam es vor allem zur Einführung einer Bagatellegrenze. Weiters wurde in einem Teilbereich unter Berücksichtigung der Rechtsmeinung des Verfassungsgerichtshofes eine Klarstellung über die Auskunftspflicht des Eigentümers herbeigeführt. In Anpassung der im Gesetz normierten Rohrleitungsdimensionen an die derzeit üblichen Fertigungen wurde vom Wiener Landtag am 11. Dezember 1985 eine Novelle zum Wasserversorgungsgesetz 1960 beschlossen, das Gesetz bisher jedoch noch nicht kundgemacht. Durch diese Novelle wurde eine Schlechterstellung der Wasserabnehmer in Relation zur seinerzeitigen Rechtslage aufgehoben. Nach umfangreichen Vorarbeiten mit der MD-ADV wurde die Möglichkeit für den probeweisen Einsatz mobiler Handterminals zur Ablesung der Wasserzähler geschaffen. Es müssen dadurch keine schriftlichen Aufzeichnungen mehr geführt werden, sondern die in Terminals gespeicherten Daten können direkt in die Rechenanlage übertragen werden.

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen

Stadthaushalt

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1985 wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 10. bis 12. Dezember 1984 genehmigt und auf Grund des § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien und der Haushaltsordnung (MD-217/69, MD-564-6/78, MD-1032-5/78, MD-2098-1/78, MD-1083-1/79, MD-1083-4/79,

MD-1227-1/80 und MD-2474-1/80) erstellt. Die Unternehmungen der Stadt Wien (Wiener Stadtwerke) stellten eigene Wirtschaftspläne auf, die dem Gemeinderat gesondert vorgelegt wurden. Bei der Schätzung der Einnahmen wurden ein vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziertes reales Wachstum des Brutto-Inlandproduktes von 3,0 Prozent als auch die Auswirkungen des neuen Finanzausgleiches berücksichtigt. Auf Grund dieser Annahmen und unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Ergebnisses für 1984 ergaben sich Gesamteinnahmen in Höhe von 65.753 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Prozent, denen Ausgaben in der Höhe von 71.258 Millionen Schilling, das ist um 2,8 Prozent mehr als im Vorjahr, gegenüberstehen. Der unbedeckte Abgang von 5.505 Millionen Schilling beträgt 7,7 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahr: 7,9%) und war, soweit er nicht durch Minderausgaben, Mehreinnahmen bzw. durch Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden konnte, auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag des zweitnächsten Verrechnungsjahres zu veranschlagen.

Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten Einnahmearten:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Eigene Steuern und Abgaben	9.891	15,0
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	19.035	29,0
Einnahmen aus Leistungen	7.416	11,3
Ersätze des Bundes für den Lehrpersonalaufwand	3.499	5,3
Einnahmen Wohnbauförderung 1968	4.629	7,0
Eigene Fremdmittelaufnahmen	1.999	3,0
Fremdmittelaufnahmen für Dritte	1.572	2,4
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	1.590	2,4
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	2.744	4,2
Sonstige Einnahmen	13.378	20,4
Gesamtsumme	65.753	100,0

Der Anteil der eigenen Steuern sank gegenüber dem Voranschlag 1984 um 0,3 auf 15,0 Prozent. Im einzelnen entfielen auf Landes- und Gemeindeabgaben 6.739 Millionen Schilling, auf Wassergebühren 1.249 Millionen, auf Abwasserbeseitigungsgebühren 1.017 Millionen, auf Müllbeseitigungsgebühren 870 Millionen, auf Zuschläge zu den Wettgebühren 5 Millionen und auf Nebenansprüche 11 Millionen Schilling. Durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen des neuen Finanzausgleiches stieg der Anteil der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben einschließlich des Anteiles an der Spielbankabgabe nominell um 1.901 Millionen Schilling bzw. um 11,1 Prozent. Die Einnahmen aus Leistungen stiegen um 379 Millionen auf 7.416 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen erhöhte sich um 0,3 auf 11,3 Prozent. Auf die Gebührenersätze der Wohlfahrts- und Krankenanstalten entfielen 5.040 Millionen Schilling (Vorjahr: 4.736 Millionen Schilling), auf sonstige Leistungserlöse 1.309 Millionen Schilling, auf Nebenerlöse 202 Millionen Schilling und auf Kostenersätze 865 Millionen Schilling. Die Rückersätze des Bundes für den Landeslehrpersonal aufwand sanken von 5,7 Prozent im Jahre 1984 auf 5,3 Prozent.

Im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 wurde mit Gesamteinnahmen von 4.629 Millionen Schilling gerechnet, der prozentuelle Anteil betrug 7,0 Prozent gegenüber 7,2 Prozent im Jahre 1984. Die Leistungen des Bundes betrugen 3.900 Millionen Schilling, die Einnahmen aus Tilgung und Verzinsung 641 Millionen Schilling, die Zinserträge für veranlagte Wohnbauförderungsmittel 86 Millionen Schilling und die sonstigen Einnahmen 2 Millionen Schilling.

Der Rückgang der eigenen Fremdmittelaufnahmen um 1.184 Millionen Schilling war auf den geringeren Fremdmittelbedarf beim eigenen Wohnhausbau, vorwiegend durch das Auslaufen des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes und durch ein geringeres Erfordernis an Wohnbauförderungsmitteln, zurückzuführen. An Fremdmittelaufnahmen waren 1.999 Millionen Schilling vorgesehen, und zwar Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 1.019 Millionen Schilling, Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz mit 89 Millionen Schilling, Darlehen nach dem Wasserwirtschaftsfonds mit 219 Millionen Schilling, Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG mit 85 Millionen Schilling, Darlehen zur Erhaltung und Verbesserung städtischer Wohnhäuser mit 53 Millionen Schilling, Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser I mit 2 Millionen Schilling, Darlehen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz mit 22 Millionen Schilling, Hypothekendarlehen mit 504 Millionen Schilling und sonstigen Darlehen mit 6 Millionen Schilling. Bei den Fremdmittelaufnahmen für Dritte war durch den geringeren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke ein Rückgang um 203 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Der prozentuelle Anteil sank von 2,8 auf 2,4 Prozent. Veranschlagt waren die Aufnahme von Anleihen und Darlehen für die Elektrizitäts- und Gaswerke in der Höhe von 1.542 Millionen Schilling sowie ein weiterzugebendes Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG in der Höhe von 30 Millionen Schilling.

Die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung, die durch den bereits erwähnten geringeren Fremdmittelbedarf beim eigenen Wohnhausbau um 689 Millionen Schilling geringer war als im Vorjahr, enthält die Weiterverrech-

nung von Bundesdarlehen für den Wohnbau, von Darlehen im Rahmen des Wohnungsverbesserungsgesetzes, von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, von Hypothekendarlehen, von Darlehen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz, von Darlehen zur Erhaltung und Verbesserung städtischer Wohnhäuser sowie die Beiträge anderer Verwaltungszweige zum Schuldendienst. Die Beiträge Dritter zum Schuldendienst waren durch den geringeren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke um 461 Millionen Schilling geringer als im Vorjahr.

Bei den sonstigen Einnahmen ist ein anteilmäßiger Anstieg um 2,8 Prozent zu verzeichnen, der nominelle Anstieg beträgt 2.151 Millionen Schilling. In dieser Einnahmengruppe sind folgende größere Posten enthalten:

	Millionen Schilling
Veräußerung von Erzeugnissen	121
Grundverkauf und -tausch	200
Verzinsung von Wertpapieren	100
Zinsen	101
Vermietung und Verpachtung	4.600
Klinischer Mehraufwand	520
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	1.216
Pensionsbeiträge der Wiener Stadtwerke	989
Zuschüsse des Bundes für den Nahverkehr — Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe	154
Verwaltungsstrafen	187
Pensionsbeiträge (einschließlich Landeslehrer)	668
Hochwasserschutz — Beitrag des Bundes	100
Zuschüsse gemäß § 21 FAG	142
Finanzzuweisungen gemäß § 20 FAG	132
Zuschuß des Bundes aus der KFZ-Steuer für den U-Bahn-Bau	131
Beitrag des Bundes für die U-Bahn-Linien U3 und U6	1.200
Vergütung des Bundes für Eigenleistungen für die Linien U3 und U6	336
Umsatzsteuer-Gutschrift	1.050
Entnahme aus Sonderrücklagen	300

Die folgende Tabelle gliedert die Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabengruppen:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Leistungen für das Personal	15.573	21,8
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	4.737	6,7
Instandhaltungsaufwand	3.140	4,4
Aufwendungen Wohnbauförderung 1968	5.129	7,2
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	1.572	2,2
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	1.590	2,2
Eigener Schuldendienst	2.615	3,7
Schuldendienst für Dritte	2.754	3,9
Investitionen	9.878	13,9
Sonstige Ausgaben	24.270	34,0
Gesamtsumme	71.258	100,0

Der Anteil der Leistungen für das Personal stieg gegenüber 1984 um 0,2 Prozent, jener für Pensionen und sonstige Ruhebezüge um 0,1 Prozent. Nominell stiegen die Leistungen für Personal einschließlich der Pensionen um 769 Millionen Schilling auf insgesamt 20.310 Millionen Schilling.

Die Anzahl der Dienstposten bei der Hoheitsverwaltung stieg um 608, jener der Landeslehrer um 124, somit erhöhte sich der Gesamtpersonalstand um 732 auf 57.052 Bedienstete. Die Anzahl der Pensionisten einschließlich der Landeslehrer stieg von 22.700 im Vorjahr auf 22.850.

Der Aufwand für Instandhaltungsarbeiten stieg sowohl nominell um 280 Millionen Schilling als auch prozentuell um 0,3 auf 4,4 Prozent der Gesamtausgaben. Davon entfielen auf größere Aufwendungen unter anderem 1.467 Millionen Schilling auf die Instandhaltung der städtischen Wohnhäuser und 409 Millionen Schilling auf die Instandhaltung der Krankenanstalten.

Die für Leistungen im Rahmen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 zur Verfügung stehenden Mittel einschließlich der Landesmittel von 500 Millionen Schilling blieben mit 5.129 Millionen Schilling gegenüber 5.139 Millionen

Schilling im Vorjahr nahezu unverändert. Davon entfielen 1.019 Millionen auf Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 für städtische Dienststellen, 2.613 Millionen auf Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 an andere Bauträger, 986 Millionen auf Zuschüsse, 500 Millionen auf Wohnbeihilfen, 5 Millionen auf Entgelte für Leistungen der Bauaufsichtsorgane, 5 Millionen auf die Inanspruchnahme von Bürgschaften sowie 1 Millionen Schilling auf öffentliche Abgaben. Durch den bereits erwähnten geringeren Bedarf an Wohnbauförderungsdarlehen für den kommunalen Wohnbau standen im Jahre 1985 für andere Bauträger um 533 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr zur Verfügung.

Die Weitergabe von Fremdmitteln für Dritte sowie die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung waren in gleicher Höhe wie bei den Einnahmen veranschlagt. Der eigene Schuldendienst verringert sich, wie schon bei den Einnahmen erwähnt, infolge geringeren Fremdmittelbedarfes um 367 Millionen auf 2.615 Millionen Schilling. Davon entfielen auf die Tilgung 1.121 Millionen Schilling und auf die Verzinsung 1.495 Millionen Schilling. Der Schuldendienst für Dritte verringerte sich nominell um 465 Millionen auf 2.754 Millionen Schilling. Davon entfielen 2.687 Millionen Schilling auf Fremdmittel der Wiener Stadtwerke, 18 Millionen auf Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG, 21 Millionen auf Darlehen für Investitionszwecke der Österreichischen Bundesbahnen und 28 Millionen Schilling auf Darlehen zur Vorfinanzierung von Bundesschulbauten.

Der Anteil der Investitionen sank von 14,7 auf 13,9 Prozent. Die wesentlichsten Investitionen werden bei den einzelnen Ausgabengruppen angeführt.

Die sonstigen Ausgaben stiegen nominell um 2,9 Milliarden Schilling und prozentuell um 30,8 auf 34,0 Prozent. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Abdeckung des Verlustvortrages aus dem Jahre 1983 mit 1.701 Millionen Schilling, durch das Ansteigen der Aufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe um 558 Millionen Schilling sowie auf zusätzliche Erfordernisse an Mitteln zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge mit 321 Millionen Schilling zurückzuführen. In den sonstigen Ausgaben waren folgende größere Posten enthalten:

	Millionen Schilling
Beteiligungen und Wertpapiere	235
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und verschiedene Verbrauchsgüter	660
Lebensmittel	498
Brennstoffe und Wärme	599
Druckwerke bzw. Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel	141
Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge	2.080
Gas und Strom	742
Transporte	344
Mietzinse	465
Öffentliche Abgaben (einschließlich Umsatzsteuer)	1.165
Entgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen, Firmen und juristischen Personen	2.514
AKH-Sonderausgaben der Kliniken	185
Pflegebührenüberrechnung St.-Anna-Kinderspital	133
Verstärkungsmittel	200
Beitrag an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	178
Beitrag an den Wasserwirtschaftsfonds	125
Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues	172
Leistungen an fremde Krankenanstalten	169
Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz	152
Abgangsdeckung Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe	1.696
Zuschuß an die Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe für die Instandhaltung von U-Bahn-Anlagen	231
Pensionslasten der Wiener Stadtwerke	2.372
Transferzahlungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung	383
Transferzahlungen an den Bund für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum (einschließlich Internationale Schule)	405
Transferzahlungen im Rahmen des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes	151
Sportförderung	100
Förderung von Kultur, Wissenschaft und Fremdenverkehr	745
Sonstige Subventionen und Beiträge	346
Beiträge im Rahmen der Sozialhilfe	3.342
Annuitätenzuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz	110
Kapitalzufuhr an den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds	100
Abgänge aus Vorjahren	1.701
Verschiedene Ausgaben	1.831

In der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, stiegen die Gesamtausgaben gegenüber 1984 um 189 Millionen auf 5.453 Millionen Schilling. Davon entfielen auf die Vertretung der Stadt einschließlich Pensionen 253 Millionen Schilling, auf die Leistungen für Personal der Hoheitsverwaltung 2.512 Millionen, auf den allgemeinen Sachaufwand der Hoheitsdienststellen 366 Millionen, auf die Miete für städtische Dienststellen in fremden Gebäuden 132 Millionen, auf die Errichtung und Erhaltung der Amtsgebäude 85 Millionen, auf Information und Öffentlichkeitsarbeit 128 Millionen, auf den Beitrag an den Bund für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (einschließlich Internationale Schule) 405 Millionen, auf Beiträge an Verbände, Vereine und sonstige Organisationen und für Subventionen 330 Millionen und auf Pensionen im Rahmen der Hoheitsverwaltung 761 Millionen Schilling.

In der Ausgabengruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, erhöhten sich die Gesamtausgaben von 867 auf 926 Millionen Schilling. In diesem Fall waren für Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen 3 Millionen, für das Veterinäramt 23 Millionen und für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz 900 Millionen Schilling vorgesehen.

In der Ausgabengruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, betrug der Anstieg gegenüber 1984 300 Millionen Schilling. Die Gesamtausgaben erreichten damit 6.896 Millionen Schilling, das sind 9,7 Prozent der Gesamtausgaben. Auf die Schulverwaltung entfielen 4.896 Millionen Schilling (Vorjahr: 4.816 Millionen), davon 2.947 Millionen auf Leistungen für das aktive Personal einschließlich der Landeslehrer, 1.238 Millionen auf die Pensionen und sonstigen Ruhebezüge, 156 Millionen auf den Instandhaltungsaufwand, 125 Millionen auf die Investitionen und 430 Millionen Schilling auf den sonstigen Aufwand. Bei den Allgemeinbildenden Pflichtschulen setzte man die Errichtung bzw. die Fertigstellung von fünf weiteren Schulbauten fort. Die Gesamtzahl der Schüler sank von 111.694 auf 105.784.

Für Sportangelegenheiten waren 428 Millionen Schilling bestimmt, davon unter anderem für die Sanierung des Wiener Stadions 210 Millionen, denen allerdings der Baukostenbeitrag des Bundes in Höhe von 105 Millionen Schilling auf der Einnahmenseite gegenüberstand. Weiters waren 100 Millionen Schilling für die Sportförderung, 52 Millionen für sonstige Sportplätze und 30 Millionen Schilling für Turn- und Sporthallen bestimmt. Der Gesamtaufwand für die Kindertagesheime stieg von 1.227 Millionen auf 1.272 Millionen Schilling, wovon z. B. 992 Millionen auf den Personalaufwand einschließlich Pensionen und sonstige Ruhebezüge sowie 33 Millionen Schilling auf Investitionen entfielen. Vorgesehen war die Generalsanierung des Kindertagesheimes in 10, Waldmüllerpark, und der Neubau des Kindertagesheimes in 17, Dornbacher Straße. Zehn weitere Kindertagesheime wurden im Rahmen des eigenen bzw. genossenschaftlichen Wohnbaues errichtet.

Für Kunst, Kultur und Kultus, Ausgabengruppe 3, standen 976 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind um 137 Millionen Schilling mehr als 1984. Davon entfielen unter anderem 120 Millionen Schilling auf die Musiklehranstalten, 74 Millionen auf die Musikpflege, 309 Millionen auf die Förderung der darstellenden Kunst, wobei in dieser Summe ein Baukostenbeitrag an das Raimundtheater in Höhe von 36 Millionen Schilling enthalten ist. Für die Wiener Festwochen waren 48 Millionen Schilling, für die Museen 82 Millionen, für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege 81 Millionen, für die kulturelle Jugendbetreuung 113 Millionen, für die Förderung aus dem Erträgnis des Kulturschillings 48 Millionen und für Sommerveranstaltungen 19 Millionen Schilling präliminiert.

Die Ausgaben der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, stiegen um 715 Millionen auf 11.688 Millionen Schilling und erreichten damit 16,4 Prozent der Gesamtausgaben. Im Bereich der Sozialhilfe stieg der Aufwand von 2.877 Millionen auf 3.441 Millionen Schilling (+19,6%), wovon auf die Allgemeine Sozialhilfe 1.930 Millionen, auf die Behindertenhilfe 343 Millionen, auf die Blindenhilfe 179 Millionen, auf die Pensionistenheime 215 Millionen, auf die Heimhilfe 547 Millionen, auf die Flüchtlingshilfe 60 Millionen, auf die Aktion „Essen auf Rädern“ 49 Millionen, auf Pensionistenklubs 35 Millionen, auf Mietbeihilfen 48 Millionen und auf sonstige Maßnahmen der Sozialhilfe 35 Millionen Schilling entfielen. Für die Pflegeheime waren 1.395 Millionen Schilling vorgesehen, davon 49 Millionen für Investitionen. Den Erziehungsheimen standen 471 Millionen Schilling zur Verfügung, wovon 10 Millionen für Investitionen bestimmt waren. Im Pflegekinderwesen waren für die Betreuung von 4.390 Kindern 468 Millionen Schilling bereitgestellt. In der Erholungsfürsorge wurden für die Unterbringung von rund 10.000 Kindern in Heimen und Tageserholungsstätten 55 Millionen Schilling benötigt. Für Förderungen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968, einschließlich der Landesmittel in Höhe von 500 Millionen Schilling, standen 5.129 Millionen Schilling zur Verfügung. Von diesem Betrag wurden 3.632 Millionen Schilling für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, 986 Millionen für Zuschüsse, 500 Millionen für Wohnbeihilfen, 5 Millionen für Entgelte für Leistungen der Bauaufsichtsorgane und 5 Millionen bzw. 1 Million Schilling für die Inanspruchnahme von Bürgschaften bzw. für öffentliche Abgaben bereitgestellt. Für die Wohnungsverbesserung waren insgesamt 152 Millionen Schilling vorgesehen. Dabei machten die Leistungen des Bundes 90 Millionen Schilling aus, die des Landes 45 Millionen und die Erträgnisse 17 Millionen Schilling. Für die Wohnbau-Sonderprogramme der Stadt Wien standen insgesamt 193 Millionen Schilling zur Verfügung, für Aufwendungen im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung waren 133 Millionen und für Förderungen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz waren 153 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Gesundheit, Gruppe 5, wurden mit 13.056 Millionen Schilling um 1.134 Millionen Schilling mehr als 1984 ausgegeben. Die Steigerung betrug 9,5 Prozent, der Aufwand erreichte 18,3 Prozent der Gesamtausgaben. Von den Gesamteinnahmen der Krankenanstalten in Höhe von 5.486 Millionen Schilling entfielen 3.597 Millionen auf Pflegegebühren ohne den eigenen Sozialhilfeträger, 711 Millionen auf Pflegegebühren des eigenen Sozialhilfeträgers, 520 Millionen auf den Beitrag des Bundes zur Deckung des klinischen Mehraufwandes und 659 Millionen auf sonstige Einnahmen. Durch die Steigerung der Gesamtausgaben der Krankenanstalten von 11.478 Millionen auf 12.599 Millionen Schilling erhöhte sich der zu deckende Betrag einschließlich der Pflegegebühren auf Rechnung des eigenen Sozialhilfeträgers um 742 Millionen auf 7.824 Millionen Schilling (Vorjahr: 7.082 Millionen). Für Investitionen waren diesmal 2.274 Millionen Schilling vorgesehen, wovon unter anderem auf den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses 1.850 Millionen Schilling entfielen, auf die Sanierung der Pavillons III und V im Krankenhaus Lainz 12 Millionen, auf den Ankauf eines CT-Gerätes mit Einrichtung im Wilhelminenspital 12 Millionen und auf die Anschaffung von medizinischen Apparaten und Geräten 123 Millionen Schilling. Die Investitions- und Betriebskostenzuschüsse aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden mit 1.216 Millionen Schilling angenommen, der Beitrag des Landes Wien an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds war mit 178 Millionen Schilling präliminiert. Für Leistungen an Krankenanstalten fremder Rechtsträger waren zur Deckung des Betriebsabganges des Hanusch-Krankenhauses und des Orthopädischen Spitals Speising 169 Millionen Schilling vorgesehen. 16 Millionen Schilling waren als Zuschüsse zur Errichtung und Erhaltung von Krankenanstalten fremder Rechtsträger präliminiert.

In der Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, betrug der Ausgabenrahmen 4.373 Millionen Schilling, das sind 6,1 Prozent der Gesamtausgaben. Für den Straßenbau waren 469 Millionen Schilling bestimmt, davon unter anderem 111 Millionen für die Instandhaltung von Straßenbauten und 253 Millionen für Neu- und Umbauten. Dem Brückenbau standen 104 Millionen Schilling zur Verfügung, davon unter anderem 35 Millionen für den Neubau der Abfahrtsrampen Donauinsel-Reichsbrücke, 10 Millionen für den Bau des Rosenhügelsteiges über die Verbindungsbahn und 9 Millionen Schilling für Baukostenbeiträge an den Bund für die Grünbrücke-Donaupark. Der Beitrag des Landes Wien an den Wasserwirtschaftsfonds betrug 125 Millionen Schilling. Vom Gesamtaufwand für den Wasserbau in Höhe von 70 Millionen Schilling entfielen 15 Millionen auf das Hochwasserrückhaltebecken-Liesingbach. Für die Errichtung des verbesserten Hochwasserschutzes waren 384 Millionen Schilling veranschlagt, davon entfielen bei den Investitionen 47 Millionen auf das Rechte und 267 Millionen Schilling auf das Linke Donauufer. Weitere 23 Millionen Schilling waren für den Bau des Rechten Donausammelkanals, 10 Millionen für Grundfreimachungen und 8 Millionen für Abwasseranlagen bereitgestellt. Im Rahmen des Gesamtaufwandes für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten in Höhe von 180 Millionen Schilling waren 60 Millionen Schilling für die Instandhaltung von Verkehrslichtsignalanlagen und 82 Millionen Schilling für die Neuerrichtung von Verkehrsanlagen bestimmt. Der U-Bahn-Bau erforderte einschließlich der Anschaffung von U-Bahn-Wagen einen Aufwand von 2.585 Millionen Schilling, wovon 1.825 Millionen auf die Linie U3 und 690 Millionen auf die Linie U6 entfielen. Rund 70 Millionen Schilling waren für Arbeiten am Grundnetz vorgesehen. Als Beitrag des Bundes für den Bau der Linien U3 und U6 (50% der Nettokosten) wurden 1.200 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Gesamtausgaben der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, betragen 770 Millionen Schilling. Für die fremdenverkehrsfördernden Kreditaktionen in den Wiener Beherbergungsbetrieben standen 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Für die sonstige Fremdenverkehrsförderung und für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten waren 219 Millionen Schilling bestimmt. Im Rahmen des Ansatzes 7822, Wirtschaftsförderung, wurden 515 Millionen Schilling veranschlagt, davon unter anderem für Darlehen zur Investitionsförderung 102 Millionen, für die Garagenförderung 21 Millionen und für die Wiener Innovationsgesellschaft 35 Millionen. Von den Transferzahlungen im Gesamtbetrag von 384 Millionen Schilling entfielen unter anderem 50 Millionen auf die Wiener Strukturverbesserungsaktion, 82 Millionen auf Förderungszuschüsse an Wiener Klein- und Mittelbetriebe, 15 Millionen auf die Förderung wassersparender Investitionen, 10 Millionen auf Zuschüsse im Rahmen der Kleinbetriebezuschußaktion, 33 Millionen auf die Förderung nach dem Wiener Garagengesetz und 140 Millionen auf die Industrieumsiedlungsaktion.

Der Ausgabenrahmen der Gruppe 8, Dienstleistungen, verringerte sich insbesondere durch den geringeren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke und durch die Fertigstellung der im Rahmen des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes errichteten Bauvorhaben von 23.064 Millionen auf 21.562 Millionen Schilling. Für die Ver- und Entsorgung standen 4.029 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar für die Wasserversorgung 755 Millionen, für den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx 150 Millionen, für die Abwasserbeseitigung 1.138 Millionen, für Märkte 196 Millionen, für Bedürfnisanstalten 30 Millionen, für die Müllbeseitigung 1.038 und für die Straßenreinigung 722 Millionen Schilling. Die wichtigsten Investitionen in diesem Aufgabenbereich waren der Ausbau des Wasserrohrnetzes mit 20 Millionen, die Wasserrohrlegungen im Zusammenhang mit Bauvorhaben anderer Dienststellen mit 20 Millionen, die Umlegung des Liesingtal-Sammelkanals mit Zuleitung zur Hauptkläranlage mit 60 Millionen, die sonstigen Kanalbauten mit 42 Millionen, die Ausgestaltung der Planierung Rautenweg mit 55 Millionen und die Anschaffung von Fahrzeugen zur Müllbeseitigung mit 62 Millionen Schilling.

Für die öffentliche Beleuchtung und öffentlichen Uhren waren 269 Millionen, für Park- und Gartenanlagen sowie Kinderspielplätze 578 Millionen und für Friedhöfe 318 Millionen Schilling präliminiert.

Die Stadtforste rechneten mit einem Aufwand von 181 Millionen Schilling, die Bäder mit 463 Millionen, wovon 66 Millionen Schilling auf Investitionen entfielen. Vorgesehen waren unter anderem der Neubau des Hallen- und Sommerbades Großfeldsiedlung mit 27 Millionen Schilling und die Sanierung des Amalienbades mit 10 Millionen Schilling. Weitere 219 Millionen Schilling standen für Grundankauf und -tausch zur Verfügung.

Die Ausgaben der städtischen Wohnhäuser stiegen von 3.930 Millionen im Vorjahr auf 4.325 Millionen Schilling. Wenn man die Verwaltungskostenbeiträge für die Inanspruchnahme zentraler Dienststellen hinzurechnet, ergab sich eine Ausgabensumme von 4.438 Millionen Schilling. Darin waren für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser 1.467 Millionen Schilling, für Steuern und Abgaben 713 Millionen, für den Schuldendienst bzw. für Beiträge zum Schuldendienst 698 Millionen und für Investitionen 345 Millionen Schilling veranschlagt. Für den eigenen Wohnhausbau waren 2.150 Millionen Schilling bereitgestellt. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr war insbesondere auf die Fertigstellung der im Rahmen des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes errichteten Bauvorhaben zurückzuführen. Für die Erhaltung des hohen Beschäftigtenstandes im Bau- und Baunebengewerbe waren 15.276 Millionen Schilling (Vorjahr: 14.925 Millionen Schilling), das sind 21,4 Prozent der Gesamtausgaben, vorgesehen.

Durch den bereits erwähnten geringeren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Ausgaben auf Ansatz 8790, Wiener Stadtwerke, um 604 Millionen auf 8.642 Millionen Schilling. Davon entfielen unter anderem 1.542 Millionen auf die Weitergabe von Anleihen und Darlehen an die Gaswerke und Elektrizitätswerke, 2.687 Millionen auf den Schuldendienst, 2.372 Millionen auf die Übernahme der Pensionslasten und 1.696 Millionen Schilling auf die Abgangsdeckung für die Verkehrsbetriebe.

In der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, stiegen die Gesamtausgaben von 5.060 Millionen auf 5.556 Millionen Schilling. In dieser Summe ist die Abdeckung des Verlustvortrages aus dem Rechnungsabschluß 1983 in Höhe von 1.701 Millionen Schilling enthalten. Für Beteiligungen waren 116 Millionen bestimmt, wovon 5 Millionen für eine Kulturförderungsgesellschaft, 10 Millionen für die Messepalast-Revitalisierungsgesellschaft, 35 Millionen für die Flughafen Wien Betriebsgesellschaft mbH., 8 Millionen für die Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft, 54 Millionen für die Wiener Stadthalle, 3 Millionen für die Teletheater Gesellschaft und 1 Million Schilling für die Kreditbürgschaftsgesellschaft aufgewendet wurden. Der Schuldendienst für die im Rahmen der Hoheitsverwaltung aufgenommenen Darlehen und Anleihen auf den Ansätzen 9500 und 9510 verringerte sich von 2.848 Millionen im Jahre 1984 auf 2.436 Millionen Schilling. Davon entfielen 1.018 Millionen auf die Tilgung und 1.418 Millionen Schilling auf die Verzinsung. An Verstärkungsmitteln waren wie im Vorjahr 200 Millionen Schilling vorgesehen.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 24. bis 27. Juni 1985 genehmigte Rechnungsabschluß für das Jahr 1984 ergab bei Gesamteinnahmen von 67.302,5 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 70.275,9 Millionen Schilling einen Abgang von 2.973,4 Millionen Schilling. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 1984 ausgewiesene Abgang von 5.473,5 Millionen um 2.500,1 Millionen Schilling verbessert werden. Zur Deckung des Abganges wurden Fremdmittel in Höhe von 1.301,4 Millionen Schilling aufgenommen, der restliche Fehlbetrag von 1.672,0 Millionen Schilling wurde auf Rechnung des Jahres 1986 vorgetragen. Der Gesamtstand der Sonderrücklagen betrug am Jahresende 4.939,3 Millionen Schilling.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1986, der in der Sitzung des Gemeinderates vom 9. bis 11. Dezember 1985 beschlossen wurde, rechnet bei Gesamteinnahmen von 72.400,1 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 78.617,5 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 6.217,4 Millionen Schilling, das sind 7,9 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahr: 7,7%). Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag des zweitnächsten Verwaltungsjahres zu veranschlagen.

Finanzwirtschaft

Im Bereich des Geld- und Kreditwesens und der Fremdmittelaufnahme erschien es im Hinblick auf die Veränderungen der allgemeinen Zinslandschaft im Jahre 1985 zweckmäßig, bestehende Darlehen und Kredite diverser Institute an die Stadt Wien aus Rentabilitätsgründen vorzeitig gänzlich zu tilgen. Es wurden aus diesem Grund Darlehen über insgesamt rund 953 Millionen Schilling für die Hoheitsverwaltung vorzeitig zurückgeführt. Dem im Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke ausgewiesenen Fremdfinanzierungsbedarf entsprechend, wurden im Jahre 1985 vier Fremdmittelaufnahmen über insgesamt 1.372 Millionen Schilling für die Teilunternehmungen Elektrizitäts- und Gaswerke durchgeführt. Ein Teil von 630 Millionen Schilling für die Elektrizitätswerke wurde ursprünglich als langfristiges Bankdarlehen dargestellt, zum Jahresbeginn 1986 jedoch vorzeitig gänzlich getilgt und durch kostengünstigere Geldmarktfinanzierungen (Barvorlagen) ersetzt. Der Restbetrag von 742 Millionen Schilling wurde durch drei Barvorlagen aufgebracht, wobei 430 Millionen auf die Elektrizitätswerke und 100 Millionen bzw. 212 Millionen Schilling auf die Gaswerke entfielen. In diesem Zusammenhang waren — Barvorlagen sind eher kurzfristige Finanzierungen — mehrere Prolongationen bzw. als Reaktion auf Liquiditätsverschiebungen von den Instituten und damit

verbundene Zinssatzschwankungen auch Umschuldungen durchzuführen, so daß die Abdeckung des Fremdmittelbedarfes der Wiener Stadtwerke so kostengünstig wie möglich erfolgen konnte. Auf Grund einer unerwartet günstigen Entwicklung der Einnahmensituation konnte im Jahre 1985 auf Fremdmittelaufnahmen für den Bereich der Haushaltsfinanzierung der Hoheitsverwaltung gänzlich verzichtet werden. Um über die Entwicklungen der diversen ausländischen Kapitalmärkte informiert zu sein und einen Überblick über günstige Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten, wurden im Jahre 1985 mehr als 60 Arbeitsgespräche mit Vertretern ausländischer Banken abgehalten. Zum Jahresende wurden auch wieder Konditionengesprächen mit den inländischen Kreditinstituten über die Gestaltung der Einlagen- und Ausleihungsbereiche der Stadt Wien geführt.

Im Jahre 1985 war auch die Neuorganisation der magistratsinternen Vorgangsweise im Zusammenhang mit Angelegenheiten des Wasserwirtschaftsfonds durchzuführen. Auf Grund einer Überprüfung der technischen Fachdienststellen durch das Kontrollamt sowie der Notwendigkeit einer verstärkten Inanspruchnahme von Fondsförderungen für Investitionen im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurde die Abteilung mit der Federführung in finanziellen Belangen des Wasserwirtschaftsfonds betraut, wobei als Ziel dieser Neuorganisation die im Vergleich zu den Eigenleistungen der Stadt Wien optimale Ausschöpfung von Fondsmitteln gesetzt wurde. Gleichzeitig mit der Ausarbeitung der zukünftigen Vorgangsweise in administrativer und budgetärer Hinsicht war auch die Bereinigung bereits existenter Förderungsfälle durchzuführen. Weiters wurde die Abteilung dem Wasserwirtschaftsfonds gegenüber als verantwortliche Stelle des Magistrates etabliert und tritt nun generell als Förderungswerber auf. Die Tätigkeit der Abteilung auf diesem Gebiet umfaßt nunmehr neben der Abwicklung der Gesamtkorrespondenz mit dem Fonds in erster Linie die budgetäre Koordination von Eigen- und Fremdkapital, die Mitwirkung an Ermittlungsverfahren, die Vorbereitung von Sitzungen der Fondskommission, die Überwachung der magistratsinternen Vorgangsweise und deren finanzielle Auswirkungen, die federführende Mitwirkung bei Angelegenheiten allgemeiner rechtlicher und finanzieller Natur wie etwa Gesetzesbegutachtung, Richtliniengestaltung usw. In Entsprechung der erwähnten Zielsetzung wurden im Jahre 1985 insgesamt 87 Projekte mit Gesamtkosten von rund 760 Millionen Schilling und einer beantragten Förderung von etwa 460 Millionen Schilling eingereicht. Weiters waren eine umfangreiche Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz, der Entwurf für eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen Bund und Land über die Mitwirkung am Vollzug des Wohnbauförderungsgesetzes sowie neue Förderungsrichtlinien zu bearbeiten. Zu diesem Zweck war die Teilnahme an zahlreichen Länderbesprechungen — teilweise mit Vertretern des Bundes — sowie eine eingehende magistratsinterne Vorbehandlung der genannten Themenkreise notwendig.

Krankenanstalten:

Da mit Jahresende 1984 der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds ausgelaufen ist, fanden ab Herbst 1984 Verhandlungen über eine neuerliche Weiterführung statt, die letztlich eine weitere Verlängerung um drei Jahre, also bis Ende 1987 brachten. Im Jahre 1985 standen zusätzliche Mittel in der Höhe von rund 690 Millionen Schilling zur Verfügung, von denen etwa 203 Millionen Schilling auf Wiener Spitäler entfielen.

Versicherungen:

Im Jahre 1985 erfolgte eine Neuordnung der Computer-Bündel-Versicherung, die auf Grund der seit Vertragsabschluß erfolgten Änderungen auf dem Gebiete der Datenverarbeitung notwendig wurde.

Für die Erfolgsausstellung des Jahres 1985 „Traum und Wirklichkeit“ wurde eine Versicherung abgeschlossen, deren Versicherungsschutz unter anderem auch die Sparten Beschädigung und Diebstahl umfaßte. Im Rahmen dieser Versicherung waren Exponate mit einem Gesamtwert von rund 2.500 Millionen Schilling zu versichern.

Beteiligungen:

Am 25. September 1985 erfolgte durch den Bund und die Stadt Wien die Gründung der Wiener Bundesstraßen AG. Zweck und Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, eine raschere Durchführung wichtiger Straßenbauten hinsichtlich der Planung und Bauarbeiten zu ermöglichen. In der Wiener Bundesstraßen AG ist der Bund mit einem Anteil von 75 Prozent und die Stadt Wien mit einem Anteil von 25 Prozent vertreten.

Im Pavillon 2 A des Krankenhauses Lainz wurde Anfang Mai von der Wiener Nierensteinzentrum GesmbH., einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Wiener Holding, ein Nierensteinzertrümmerer (Nierenlithotripter) in Betrieb genommen. Mit diesem neuen Gerät ist es möglich, etwa 90 Prozent der Harnsäuresteine, die bisher nur durch eine offene chirurgische Operation beseitigt werden konnten, durch Stoßwellen so zu zerkleinern, daß sie spontan in Teilchen abgehen. Die Behandlung dauert nur 20 bis 45 Minuten und wird unter einer lokalen oder allgemeinen Betäubung durchgeführt. Nach der Behandlung ist nur mehr ein drei- bis viertägiger Spitalsaufenthalt, im Gegensatz zu einem 14tägigen Pflegeaufenthalt im Krankenhaus mit einem anschließenden 3wöchigen Erholungsaufenthalt nach einer herkömmlichen Operation, notwendig.

Subventionen und Beiträge:

Aus Subventionsmitteln der Abteilung werden zunächst zahlreiche private Organisationen und Einrichtungen gefördert, die sich mit Behindertenhilfe, Pensionistenbetreuung, Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt befassen. Zu diesem Bereich zählt auch die Subventionierung des Fonds „Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien“. Ferner ist die Tragung der Geschäftsstellenkosten des Fonds „Kuratorium Wiener Jugendheime“, des „Kuratoriums Wiener Pensionistenheime“ und des „Wiener Zuwandererfonds“ anzuführen. Weiters werden auch wirtschafts- und berufsfördernde Institute sowie Institute, die in wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereichen tätig sind, unterstützt.

In den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Finanzen und Wirtschaftspolitik und des Gemeinderates, die als Organe verfassungsmäßig für die Genehmigung von Förderausgaben der Finanzverwaltung zuständig sind, wurden Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 178,353.000 S bewilligt, wovon auf die Förderung von Investitionsvorhaben etwa 17,471.000 S entfielen. Darüber hinaus wurden auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates für Mitgliedsbeiträge und sonstige Beiträge im Jahre 1985 insgesamt rund 166,404.000 S ausgegeben.

Haftungen:

Anlässlich der Errichtung einer Berufsschule in 21, Scheydgasse 38, durch die GESIBA (Gemeinnützige Siedlungs- und Baugesellschaft mbH) wurde nach den Angaben der Stadt Wien und mit der Absicht auf Anmietung für ein Darlehen der Wiener Landes-Hypothekbank in der Höhe von 462,822.000 S zur Finanzierung dieses Bauvorhabens von der Stadt Wien laut Beschluß des Gemeinderates die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB zuzüglich Zinsen und Kosten übernommen.

Wohnbau:

Im Zuge der Neuordnung der Wohnbauförderung trat mit 1. Jänner 1985 das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Wohnhaussanierungsgesetz in Kraft. Durch diese beiden Gesetze wurde es den Ländern in stärkerem Maße ermöglicht, in der Vollziehung auf die verschiedenen Wohngepflogenheiten sowie auf die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede Rücksicht zu nehmen und der immer größer werdenden Bedeutung der Stadterneuerung, nämlich den erhaltenswerten Althausbestand verstärkt zu fördern, gerecht zu werden. Im Rahmen der Diskussion über diese Gesetzesentwürfe oblag es der Abteilung, in diesen grundsätzlichen finanziellen und wohnpolitischen Angelegenheiten entsprechend mitzuwirken und dazu beizutragen, daß die Wünsche und Interessen der Stadt Wien soweit wie möglich berücksichtigt wurden. Ebenso wirkte die Abteilung in den zahlreichen und intensiven Gesprächen über die Erstellung der Landesverordnungen sowie der Durchführungsbestimmungen mit. Im Zusammenhang mit der Finanzierung des kommunalen Wohnbaues bzw. mit verschiedenen Aktionen der Stadt Wien zur Verbesserung der Wohnqualität hat die Stadt Wien im Jahre 1985 73 Darlehen aufgenommen, und zwar 30 Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz mit einer Gesamtsumme von 292,663.920 S, 28 Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz in der Gesamthöhe von 8,800.550 S sowie 15 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 28,797.500 S.

Wirtschaftsförderung:

In Fortführung der bestehenden Förderungsaktionen kam es im Rahmen der Kreditaktion zur Förderung der Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien zu 40 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtvolumen von rund 7,8 Millionen Schilling.

Der „Bürges“ wurden für ihre Prämienaktion „Jederzeit warme Küche“ 101 überprüfte Anträge und für die Prämienaktion „Komfortzimmer und Sanitärräume“ 17 überprüfte Anträge zur positiven Erledigung übermittelt, die ein Zuschußvolumen von insgesamt 2,175.900 S auslösten.

Jene Förderungsaktionen, die im Interesse einer Zentralisierung des Förderungswesens beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beantragt und geprüft werden, werden neuerlich stark in Anspruch genommen. So wurden im Rahmen der Aktion zur Förderung von wassersparenden Investitionen 123 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 13,312.751 S, im Rahmen der Strukturverbesserungsaktion 75 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 83,319.978 S und im Rahmen der Hotelmodernisierungsaktion 73 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 10,201.402 S gewährt. 19 Gewerbebetrieben wurde eine teilweise Refundierung der Abwassergebühr in Höhe von zusammen rund 4,2 Millionen Schilling im Rahmen der „Aktion zur Rückvergütung der Abwassergebühr“ in Aussicht gestellt. Der ursprünglich vorgesehene Gesamtkreditrahmen für die „Zinsensstützungsaktion für die Wiener Wirtschaft“, die den Inhabern von Klein- und Mittelbetrieben die Aufnahme von besonders zinsengünstigen Betriebsmittel- und Investitionskrediten ermöglicht, wurde im Hinblick auf die rege Inanspruchnahme im Jahre 1985 um weitere 250 Millionen auf 1,25 Milliarden Schilling aufgestockt.

Zur Förderung der Anschaffung und des Anschlusses neuer Kühlpulte und Kühlregale für Lebensmittel wurde im April 1985 eine Aktion ins Leben gerufen, die bisher in 37 Fällen mit einem Investitionskostenzuschußvolumen von rund 730.000 S in Anspruch genommen wurde. Im Rahmen der Wiener Kleinbetriebezuschußaktion konnte eine verstärkte Investitionstätigkeit festgestellt werden. So wurden mehr als 550 Förderungszuschüsse in Höhe von insgesamt rund 15,3 Millionen Schilling ausgezahlt.

Rechnungsamt

Im Jahre 1985 wurde wieder die abteilungsinterne Schulung der Bediensteten besonders gefördert, und mit Hilfe von speziellen Fachvorträgen versucht, die Kommunikation mit den anordnungsbefugten Dienststellen zu verbessern und den allgemeinen Informationsbedürfnissen entgegenzukommen. Im Rahmen der MD-VA wurden Vorträge über Themen gehalten, wie

- Zuordnungsprobleme bei der Verrechnung nach den Posten der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung
- Schwerpunkte der Kollaudierungstätigkeit bei städtischen Großbauvorhaben
- Inanspruchnahme der Investitionsprämie – Vergleich der Wirtschaftlichkeit in Bezug auf andere Investitionsbegünstigungen
- Darlehen und Zuschußleistungen nach den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1984 und des Wohnhaussanierungsgesetzes
- Budgetierung und Verrechnung von Fremdmittelaufnahmen und des Schuldendienstes
- Inventarführung in der Praxis
- Einbringung von Forderungen nach Verstorbenen
- Wirksame EDV-Hilfen zur optimalen Kreditverwaltung der anordnungsbefugten Dienststellen
- Vollautomatische Erstellung von Bilanzen für Wirtschaftskörper der Stadt Wien
- Gebarung mit Pfleglingsdepositen in Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien
- Haushaltsverrechnung der Abteilung sowie Informationen der Buchhaltungsabteilung XIV im Rahmen eines Seminars zur Ausbildung der Materialbeamten der MA 17

Schließlich wurden Fortbildungskurse für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes sowie Kanzleibedienstete der Abteilung abgehalten.

Die Erarbeitung der Vorschrift zur Sicherung der ordnungsgemäßen Buchführung für den Bereich des Magistrates der Stadt Wien (Buchführungsvorschrift – BV) wurde fortgesetzt. Ein erster Entwurf dieser Vorschrift, die die derzeit geltende Buchhaltungsdienstvorschrift ersetzen wird, konnte im Oktober 1985 dem Kontrollamt der Stadt Wien, Herrn Gruppenleiter OSR Dr. Horny und den Vertretern der Magistratsabteilungen 4 und 5 vorgelegt werden. In weiterer Folge begann man in einem Arbeitskreis, der aus Vertretern des Kontrollamtes und der Magistratsabteilungen 4, 5 und 6 besteht, Beratungen über diesen Entwurf abzuhalten, mit deren Abschluß im Februar 1986 zu rechnen ist.

Der Arbeitsaufwand des Buchhaltungsdienstes hat in Relation überproportional (zur normalen Budgetauswertung) zugenommen. So ist die Zahl der eingegangenen Rechnungen um rund 30.000 angestiegen, was in erster Linie auf die gegenüber dem Vorjahr größere Anzahl an Aufwendungen für Instandhaltungen zurückzuführen ist. Die Anzahl der EDV-Buchungsposten war 1985 um etwa 90.000 (5%) höher als 1984.

Im Bereich der Zentralbuchhaltung wurden organisatorische Vorarbeiten für die Applikation „Zentrales Personenkonto“, die von der MD-ADV angeboten wurde, geleistet. Durch den automatischen Abgleich der Personenkontobestände der einzelnen Buchhaltungsabteilungen wird die Basis für eine zentrale Führung der Personenkonten geschaffen, die die Verbindung mit anderen, in verschiedenen Magistratsdienststellen geführten, kontrahentenbezogenen Datenbeständen ermöglichen soll. Durch den erweiterten Einsatz des RMDS (Report-Management-and-Distribution-System) konnte eine erhebliche Einsparung von EDV-Endlospapier erzielt werden. Mit Hilfe des genannten Systems ist es möglich, umfangreiche Auswertungen, wie z. B. Erfolgsnachweisung, Liste der Personenkonten, Abstattungslisten, zentrale Rechnungsabschlußauswertungen, zunächst auf Bildschirm zur Verfügung zu stellen. Bei Bedarf kann man diese Auswertungen, unter Umständen auch nur auf einzelne Seiten beschränkt, drucken lassen.

Die Vergütungen werden seit dem abgelaufenen Jahr zentral über einen Bildschirm erfaßt. Durch diese Organisationsänderung können nunmehr auch Eingaben der MA 5, die die genehmigten Voranschlagsansätze betreffen, abgefragt werden. Dadurch ist es möglich geworden, die Daten, die von der MA 5 erfaßt werden, mit den Haushaltskontobeständen der Buchhaltungsabteilungen besser abzustimmen.

Einen besonderen Schwerpunkt in der Tätigkeit der Zentralbuchhaltung bildeten im Jahre 1985 die Neuerstellung, Erweiterung und Verbesserung von EDV-Programmen. So wurden die organisatorischen Arbeiten für ein Programm zur universellen Einnahmeverrechnung soweit entwickelt, daß mit der Programmierung begonnen werden konnte und Programmteile zur Information der Benutzer bereits vorgeführt wurden. Einige Programmierer der Gruppe

EDV-Betreuung und Programmierung nahmen an einer VAX-Schulung der MD-ADV teil, nach deren Abschluß sie auf den VAX-Systemen selbständig arbeiteten sowie die erforderlichen Programme für die Verrechnung der Annuitätzuschüsse zu Kapitalmarktdarlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 erstellen konnten.

Für die Buchhaltungsabteilung I — Personalbezüge und Gehaltsvorschüsse bedeutete die Ausweitung der Aktion „Verbilligtes Mittagessen“ auf die gesamte Belegschaft der MA 48 einen zusätzlichen Aufwand, und zwar was die rechnerische Überprüfung wie auch die Prüfung der örtlichen Zuständigkeit für 13 zusätzliche Dienststellen betrifft.

Den Anregungen des Kontrollamtes hinsichtlich der Zuordnung der Personalkosten der MA 17 und MA 44 zu den einzelnen Anstalten bzw. Bädern wurde insofern Rechnung getragen, als neue Betriebsaufteiler bzw. neue Ansatzkennziffern eröffnet wurden. Für diese Maßnahme waren rund 3.000 Änderungsmeldungen an die MA 3 erforderlich.

Mit 1. Jänner 1985 traten das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Wohnhaussanierungsgesetz in Kraft. Zu den Vorarbeiten für die entsprechenden Verordnungen der Wiener Landesregierung wurde die Buchhaltungsabteilung II — Finanzwesen und Wohnbauförderung herangezogen, die durch die Erstellung verschiedener Förderungsmodelle sowie durch das Aufzeigen möglicher finanzieller Auswirkungen eine Hilfestellung geben konnte.

Im Jahr 1985 wurden die Mittel der Bezirksvorsteher für Repräsentationsausgaben von jährlich 18.000 S auf 48.000 S pro Bezirk angehoben. Für die ordnungsgemäße Abrechnung und Prüfung der Abrechnungsunterlagen war die Nachweisung der Ausgaben durch Einzelbelege notwendig. Da sich die Repräsentationsausgaben aus einer Vielzahl einzelner kleinerer Beträge zusammensetzen, stiegen der Umfang der Abrechnungen und der Arbeitsaufwand der Buchhaltungsabteilung III — Kultur, Sport und Bürgerservice seit der Überprüfung stark an. Die Abrechnung von insgesamt drei Volksbegehren mit dem Bund war eine weitere Arbeitsbelastung für die Abteilung.

Im Bereich der Buchhaltungsabteilung IV — Sozialwesen, Jugendamt wurden mehrere Maßnahmen für eine bessere Überprüfbarkeit und Abstimmung einzelner Gebarungen durchgeführt:

- Die Verrechnung der Jugendämter wurde, um die Gebarungssicherheit zu erhöhen, auf Einzelobjektverrechnung umgestellt, das heißt, daß die Gebarungen jedes Jugendamtes einzeln nachgewiesen werden können.
- Das Stiftungsvermögen wird nunmehr in der voranschlagsunwirksamen Verrechnung erfaßt, so daß der Vermögensstand jeder einzelnen Stiftung jederzeit getrennt nach Bargeld, Sparbüchern, Wertpapieren und Grundvermögen nachgewiesen werden kann. Diese Vorgangsweise ermöglicht in Zukunft auch die Erstellung einer Vermögensbilanz als Unterlage für die Körperschaftssteuererklärungen.
- Mit Hilfe eines neuen EDV-Programmes, das für die Kindertagesheime entwickelt wurde, können die Abrechnungen zum Teil automationsunterstützt rechnerisch überprüft werden. Ferner ist es möglich, Statistiken über die Frequenz der Heime sowie eine Aufgliederung nach den einzelnen Ermäßigungsstufen für Zwecke der anordnungsbefugten Dienststelle zu erstellen.
- Das Projekt „Mietbeihilfen“, mit dessen Erarbeitung im Vorjahr begonnen wurde, konnte abgeschlossen werden, so daß nunmehr auch eine weitgehende Geltendmachung der Vorsteuern, die in den Mietbeihilfen enthalten sind, ermöglicht wurde.

Die Förderungsaktion „Lärmschutzfenster“ des Bundes in der Buchhaltungsabteilung V — Planung, Wohnhaus-, Verkehrs- und Wasserbau, baubehördliche Angelegenheiten und Heizwerkstätte konnte bereits im Zeitraum von 1983 auf 1984 einen Anstieg des Kreditvolumens von 4 Millionen auf 33 Millionen Schilling verzeichnen, das im Jahr 1985 mit über 100 Millionen Schilling einen absoluten Höhepunkt erreichte.

Im Jahr 1985 wurde die dienststellenbezogene Gebahrung „Diverse Einnahmen der MA 48“, die in der Buchhaltungsabteilung VI — Stadtreinigung und Fuhrpark verrechnet wurde, erweitert. Für die Geschäftsfälle „Abfuhr von Gerümpel und Container“, „Notstandspolizeiliche Maßnahmen“, „Schadensfälle“ (Brandbeschädigung und Reinigung von Müllgefäßen) sowie „Straßenverunreinigungen“ werden Belege, die von der MA 48 ausgefertigt werden, in der Buchhaltungsabteilung über Bildschirm erfaßt und in weiterer Folge Rechnungen, Gebührenbuchungen, Rückstandslisten, Mahnungen und Rückstandsausweise für die Einhebung durch den Erhebungs- und Vollstreckungsdienst automatisch erstellt. Durch diese Vorgangsweise wurde die Erfassung der automatischen Rückstandsbetreuung um rund 6.000 Gebührenstellungen pro Jahr erweitert, so daß im gesamten Geschäftsbereich nun rund 11.000 von 14.000 Rechnungen EDV-mäßig erstellt werden können.

Die Grundwasserverseuchungen vor allem im 21. und 22. Bezirk führten in der Buchhaltungsabteilung VIII — Kanalisation und Wasserwerke zu einer weiteren Zunahme der Zahl an zu betreuenden Konten für die Errichtung von Abzwegleitungen. Gleichzeitig mit den Gebühren für die Abzwegleitungen wird seit 1982 auch die Anschlußabgabe eingehoben. In diesem Zusammenhang muß angeführt werden, daß die Zahl der Bewilligungen für die Ratenzahlungen mit einer Laufzeit zwischen 12 und 24 Monaten zugenommen hat, wodurch auch die Rückstandsbetreuung zeit- und arbeitsaufwendiger wurde.

In der Buchhaltungsabteilung XI — Wohn- und Amtsgebäudeverwaltung waren im Jahr 1985

zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Mietenabstimmung zu treffen. So wurde im Juni 1985 mit der Ersterfassung der Mietzinsrückstände für den 6. und 9. Bezirk begonnen; es folgte der 22. Bezirk, im Dezember wurden die Bezirke 11, 16, 18, 19 und 20 erfaßt. Ferner waren auch Tests, Parallel- und Echtläufe, Schulungen usw. sowie umfangreiche organisatorische Arbeiten als Vorbereitung für die automatische Abstimmung durchzuführen.

Durch eine Programmerstellung für die Fakturierung der Baustofflieferungen der MA 54 kann nunmehr die Buchhaltungsabteilung XII — Zentraler Einkauf, Markt- und Veterinärwesen, Schlachthöfe Belastungsanzeigen automatisch aus den Datenbeständen erstellen, wodurch der Arbeitsablauf wesentlich beschleunigt wurde. Der bereits überaltete und störungsanfällige Magnetknotencomputer Philips P 358 konnte skartiert werden.

Mit Beginn des Schuljahres 1985/86 wurde in einigen allgemeinbildenden Pflichtschulen der Schultyp der „Offenen Schule“ eingeführt. Der Kostenbeitrag der Schüler für die Betreuung durch Horterzieher, der von zwölf Schulen wöchentlich eingezahlt wird, mußte in der Folge abgerechnet werden, wodurch die Revisionstätigkeit und die Einnahmegebührenstellungen in der Buchhaltungsabteilung XIII — Schulverwaltung stark zugenommen haben. Ferner wurden zur Erhaltung der Schulen größere Aufwendungen getätigt, so daß der Rechnungsumfang um 10 Prozent angestiegen ist.

Um in Zukunft eine doppische Verrechnung und kaufmännische Bilanzierung für jede Anstalt der MA 17 vornehmen zu können, wurde die Bestands- und Erfolgsverrechnung der Buchhaltungsabteilung XIV — Gesundheitswesen, die bisher nur in drei Anstalten erstellt wurde, generell im gesamten Bereich der MA 17 eingeführt.

In den Geschäftsbereich der Buchhaltungsabteilung XVI — Bäder, der in den letzten vier Jahren um 6 Hallen- und 2 Sommerbäder erweitert wurde, fiel im Jahre 1985 das neueröffnete Hallen- und Sommerbad Großfeldsiedlung, das das ganze Jahr über in Betrieb ist.

Der Baubeginn in mehreren Baulosen der U-Bahn-Linien U3 und U6 führte zu einem wesentlich größeren Arbeitsumfang im Bereich in der Kollaudierungsabteilung. Durch die Mitwirkung dieser Abteilung in der „Angebotsbewertungskommission“ für den U-Bahn-Bau konnten erhebliche Kosten eingespart werden. Auf Grund der Tätigkeit dieser Kommission ist durch Preisreduzierungen im Zuge der Angebotsprüfung eine Verminderung der Kosten um etwa 100 Millionen Schilling zu erwarten.

In der Abgabeverrechnung kam es 1985 nicht zu generellen Gebührenerhöhungen. Durch organisatorische Verbesserungen konnten mehr Abgaben eingehoben und die Rückstandsbetreuung intensiviert werden.

Die Abgabe auf unvermietete Wohnungen, die 1983 erstmals eingehoben wurde, wurde auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 26. April 1985 rückwirkend mit 1. Jänner 1983 aufgehoben. Dies hatte die Bereinigung sämtlicher Vorschreibungen einschließlich der Nebenansprüche und die Rückzahlung aller vereinnamten Beträge zur Folge. Nach umfangreichen Abstimmungsarbeiten wurden mit Hilfe der EDV sämtliche Arbeiten automationsunterstützt durchgeführt, so daß mit 1. Juli 1985 bereits alle Beträge, insgesamt etwa 11 Millionen Schilling, an Abgabepflichtige rückerstattet werden konnten. Um die Bemessungsakten endgültig ablegen und die Datenbestände abschließen zu können, waren umfangreiche Arbeiten zu leisten. Obwohl das Personal, das zur Verfügung gestellt wurde, bereits Anfang des Jahres abgezogen werden mußte, konnten alle Arbeiten bis zum Ende des Jahres abgeschlossen werden.

Mit der Novelle zum Müllabfuhrgesetz wurde die Besteuerung von Müllverdichtern eingeführt. Die bestehende EDV-Organisation, die Eingaberoutinen sowie Verarbeitungsprogramme wurden dieser Änderung angepaßt. Da die MA 48 auf Grund der Daten, die von den Stadtkassen erhoben werden, in vermehrtem Maße Liegenschaften durch Aufstellung von Großgefäßen auf einem gemeinsamen Standplatz in die Müllabfuhr einbezogen hat, mußte auch diesem Umstand durch Änderung der Verarbeitungsprogramme und Entwicklung neuer Abgabenbescheide Rechnung getragen werden.

Im Zusammenhang mit der maschinellen Umstellung der EDV-Unterstützung in der MA 35 und der damit verbundenen neuen Speicherform mußte die Verrechnung der Gebrauchsabgabe neu organisiert werden. Hiebei wurden die von der MA 6 verrechneten Daten mit denen der MA 35 abgestimmt. Um ab diesem Zeitpunkt die Kontinuität in der Bemessung der Gebrauchsabgabe zu gewährleisten, wurde zusätzlich eine Kontrollrechnung der Gesamtgebühr pro Bezirk eingeführt. Auf Grund dieser Maßnahme können Differenzen, die durch einen eventuellen Maschinenausfall in der MA 35 bzw. in der MD-ADV entstehen, leichter erkannt und behoben werden. Die von der MA 35 vorgenommenen Änderungen werden nun wöchentlich in Lastschriften verarbeitet und den Abgabepflichtigen zugesandt, so daß rascher Maßnahmen zur Einhebung gesetzt werden können. Ferner wurde die Möglichkeit geschaffen, daß die Stadtkassen über Bildschirm eigene Zustellungsempfänger eingeben können, die auch im Datenbestand der MA 35 sofort aufscheinen.

In der Abgabehauptverrechnung (AHV) wurden sämtliche Datenbestände dadurch reduziert, daß Buchungen aus den Vorjahren automatisch ausgelagert und mikroverfilmt wurden. Somit ist es möglich, die Buchung weiterer Abgaben zu übernehmen, ohne daß die maschinelle Ausstattung erweitert werden muß.

Die bisher in der MA 4, Referat 4, händisch geführten 12.000 Objekte der Ankündigungsabgabe können somit in den Bestand der AHV übernommen werden, wodurch sich der Arbeitsaufwand für die Karteiführung in der MA 4 erübrigt, da die Daten durch die AHV bei jeder Gebührenerhöhung automatisch verändert werden. Durch diese

Maßnahmen ist es möglich, Auskünfte zu geben, da Daten auch von der MA 4 über Bildschirm abgefragt werden können; aber auch die Gebarungssicherheit wurde angehoben, weil ständig ein automatischer Vergleich zwischen Dauergebühr und dazugehörigen Objektgebühren erfolgt.

Die EDV-Organisation der Abgabenhauptverrechnung wurde in den 70er Jahren erstellt und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Eine Neuorganisation unter Berücksichtigung der in der Zwischenzeit verbesserten technischen Möglichkeiten, insbesondere einer raschen Verfügbarkeit der Daten, ist somit notwendig geworden, da gesetzlich bedingte Änderungen nur mit großem Risiko und Aufwand in die bestehenden Programme eingebracht werden können. Aus diesem Grund wurden mit der MD-ADV Vorgespräche geführt, wobei in Hinkunft eine Zusammenführung der Personendaten zu einer zentralen Personendatenbank im Mittelpunkt stehen wird. Notwendige Vorarbeiten bzw. Bereinigungen und Verbesserungen der derzeit gespeicherten Personendaten wurden von den Stadtkassen inzwischen vorgenommen. Um aber bereits relativ rasch über die Ergebnisse in den dezentralen Stellen verfügen zu können, wurde das neue RMDS-System (RMDS = Report-Management-and-Distribution-System) eingeführt, das den Ausdruck von Listen, die für die dezentralen Dienststellen bestimmt sind, direkt vor Ort auf den vorhandenen Terminaldruckern ermöglicht. Zu diesem Zweck werden alle Ergebnisse nicht mehr in Form von Listen, sondern sofort als Datenbestand zur Verfügung gestellt, der nach einer zentralen Kontrolle von der Dienstgruppenleitung in den Stadtkassen (AHV) über Bildschirm abgerufen werden kann.

Der Erhebungs- und Vollstreckungsdienst, der bisher als selbständige Dienstgruppe III geführt wurde, wurde im Laufe des Jahres dem Abgabenrechnungs- und Kassendienst eingegliedert. Durch diese Maßnahme soll die Effizienz bei der Einbringung der Landes- und Gemeindeabgaben größer werden, da unter anderem Doppelgleisigkeiten größtenteils vermieden werden, die Abwicklung wirtschaftlicher wird sowie weniger Mangelberichte erstellt werden müssen. Diese Maßnahme — begünstigt durch eine gegenüber den Vorjahren bessere Wirtschaftslage — schlug sich bereits in der Rückstandsbetreuung nieder. Der Aktenstand des Erhebungs- und Vollstreckungsdienstes verringerte sich von 34.343 Ende 1984 auf 25.069 Ende 1985, so daß im Durchschnitt nur mehr mit einer 6wöchigen Bearbeitungsfrist pro Akt zu rechnen ist. Dies spiegelt sich auch in der Rückstandsentwicklung der Landes- und Gemeindeabgaben wider. Die Rückstände waren — bis auf die Getränkesteuer — fast ausschließlich geringer oder zumindest gleichhoch. Die Rückstände bei der Getränkesteuer hingegen haben seit Einführung der Jahreserklärung zugenommen, wobei die Steigerung von 1983 auf 1984 22 Prozent, bis Ende 1985 weitere 10 Prozent betrug.

Die Einhebung der Landes- und Gemeindeabgaben verlief im allgemeinen zufriedenstellend und die Zuwachsraten bewegten sich im Rahmen der Vorjahre. Bei der Vergnügungssteuer konnte — bedingt durch eine größere Anzahl an Abmeldungen von Spielapparaten — das Ergebnis des Vorjahres nicht erreicht werden. Bei der Hundeabgabe war gleichfalls ein Absinken der Steuerleistung um 2,5 Prozent festzustellen, da die Anzahl der gemeldeten Hunde im Jahre 1985, bedingt durch die Verlängerung des Zeitraumes für die Personenstands- und Betriebsaufnahmen und den damit verbundenen Rückgang der Zahl an Anmeldeblättern für Hunde von 57.218 auf 55.836 gesunken ist.

In der Stadthauptkasse nahm der Arbeitsumfang zu, da die Anzahl der Rechnungen sowie der Verbote, die zu bearbeiten waren, um rund 5 Prozent gestiegen ist. In der Kassenstelle wurden ebenfalls um 5 Prozent höhere Umsätze getätigt als 1984. Mit Jahresbeginn 1985 wurde der Tagesschluß der Stadthauptkasse neu organisiert. Durch Beschleunigung der Verrechnungsvorgänge unter Verarbeitung der aktuellsten Informationen wurde erreicht, daß nunmehr der Tagesschluß sowohl die Salden aller Konten der Stadt Wien als auch den Bargeldbestand der Stadthauptkasse des jeweiligen Tages enthält. Obwohl der Zeitraum für diese Umstellung sehr kurz war, wurde durch Straffung der Organisation erreicht, daß bereits einen Tag nach Einlangen der Kontoauszüge der entsprechende Abschluß der Zentralbuchhaltung zur Verteilung übermittelt wird.

Um einen besseren Überblick über die ständig steigende Zahl an Drucksorten, Landesgesetzblättern und Amtsblättern zu bekommen und eine wirtschaftliche Lagerhaltung zu erreichen, wurde die Drucksortenverwaltung EDV-unterstützt neu organisiert. Nach Eingabe der Daten von etwa 3.200 Drucksorten samt Bezeichnung und Lagerstand können sämtliche Bewegungsdaten über Bildschirm abgefragt werden. Nachbestellungen erfolgen automatisch bei Unterschreitung eines festgesetzten Mindestbestandes. Bei Überschreiten der Lieferfrist werden automatisch Urgenzen erstellt. Die Inventurarbeiten werden in Hinkunft durch Erstellen von automatisch ausgedruckten Inventurlisten weitgehend unterstützt. Nach Installation eines eigenen Bildschirms samt Drucker wird in Hinkunft auch die Kassenevidenzstelle nach diesem System arbeiten.

Die nachstehende Arbeitsstatistik zeigt die Leistungen der Dienstgruppe des Rechnungsamtes im Jahre 1985:

Buchhaltungsdienst		Stück
Eingangsrechnungen		597.200
Einnahmebelege		72.600
Buchungsposten		
EDV-Subsysteme		1,911.800
Sonstige		572.900

Buchhaltungsdienst

	Stück
Stammdatenanlagen und -änderungen	250.500
Bildschirmabfragen und Programmaufrufe	382.900
Mahnungen, Pfändungen, versuchsweise Einhebungen	25.000
Posten aus Abrechnungen und Barverlägen; Prüfung und Verrechnung von Arbeitsscheinen, Materialausfolgescheinen und Fahrtausweisen; rechnerische Prüfung von Ruhe- und Versorgungsberechtigungen; Prüfung und Vergebühung von Lenker- und Fahrzeugprüfungen sowie von Pflanzenschutzkontrollen des Stadtgartenamtes; Erstellung von Tilgungsplänen und Zinsstaffeln; Zählung von fällig gewordenen Wertpapierkupons und dgl.	7,027.400
Bearbeitete Dienststücke	292.600

Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

	Stück
Kontenanzahl	639.000
Eingelangte Einzahlungsbelege	1,361.000
Eingelangte Abgabenerklärung	136.200
Mahnungen	9.600
Vollstreckungsanträge	69.600
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichteinzahlung bzw. Nichteinbringung von Steuererklärungen	53.900
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	5.200
Zwangsstrafen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	2.300
Verhängte Säumniszuschläge wegen verspäteter Zahlungen	10.300
Eingabevorlagen	100.500
Erfasste Buchungen über Bildschirm	604.500
Kontoauszüge	1,256.200
Stammdatenänderung über Bildschirm	50.100

Stadthauptkasse

	Stück
Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen	589.100
Ausgefertigte Bar-Empfangsanweisungen	6.700
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen)	126.100
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben)	169.700
Bearbeitete Verbote	116.100
 Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	
Geldgebarung	Schilling 601,231.000
Wertmarkenverkauf	57,299.000
Drucksortenverkauf an Parteien	778.000
 Gebarung in der Drucksortenstelle:	
An Dienststellen ausgegebene Drucksorten im Werte von	Schilling 27,145.000
An Dienststellen ausgegebene Straßenbahnfahrscheine im Werte von	4,855.000
 Ausgegebene allgemeine Drucksorten	
	Stück 8,309.000

Zentraler Einkauf

Die Abteilung hat gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien die Beschaffung, Zuweisung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse für die städtischen Dienststellen (Ämter, Anstalten und Betriebe) und Schulen, ausgenommen insbesondere Sportgeräte, Kraftfahrzeuge, klimatechnische Anlagen, Elektroanlagen und die Spezialerfordernisse, die von der Magistratsdirektion für einzelne Dienststellen festgesetzt sind, zu besorgen, ebenso den Ankauf von Bau- und Werkstoffen und deren Abgabe an städtische Verbrauchsstellen. Ferner ist der Verbrauch zu überwachen und der Bedarf der genannten Sacherfordernisse zu überprüfen.

Die Abteilung ist in sieben Warengruppen gegliedert, und zwar in die Warengruppe 1: Lebensmittel, Warengruppe 2: Textilien, Warengruppe 3: Wirtschaftswaren, Warengruppe 4: Papier und Kanzleierfordernisse, Warengruppe 5: Brennstoffe, Warengruppe 6: Möbel, Schulbedarf und Altmaterialverwertung sowie in die Warengruppe 7: Baustoffe. Für die Warenlagerung steht das Zentrallager in 16, Hasnerstraße 123—125, zur Verfügung. Ferner werden auch Konsignationslager bei einzelnen Firmen beaufsichtigt. Schließlich obliegt der Abteilung auch die Führung des Werkstättenbetriebes, d.h. der Tischlerei, Anstreicherei und der Schlosserei im Zentrallager. Insgesamt waren im Jahre 1985 170 Bedienstete beschäftigt.

Die Abteilung ist ein betriebsmäßig geführter Verwaltungszweig, der seit 1. Jänner 1973 im Sinne des UStG, BGBl. Nr. 223, als Betrieb gewerblicher Art anzusehen ist. Die gesamten Einnahme und alle Aufwendungen (Sach- und Personalaufwand) werden auf dem Ansatz 8200 — Zentraler Einkauf veranschlagt, der allgemeine Sachaufwand für die Dienststellen der Hoheitsverwaltung auf dem Ansatz 0102 — Allgemeiner Sachaufwand. Allgemein anordnungsberechtigt ist die Abteilung, der grundsätzlich die Beistellung der Sacherfordernisse für die Dienststellen obliegt. Außerdem ist sie gemäß der Geschäftseinteilung mit der Führung der städtischen Bäckerei beauftragt. Die städtische Bäckerei wird betriebsmäßig verrechnet und ist seit 1. Jänner 1973 im Sinne des UStG 1972 gleichfalls als Betrieb gewerblicher Art anzusehen.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurde der Ansatz 0160 — Elektronische Datenverarbeitung in die Zuständigkeit der Abteilung übertragen. Der Aufgabenbereich der MD-ADV als Fachdienststelle auf dem Gebiet der Datenverarbeitung wurde dadurch jedoch nicht verändert. Der Gesamtumsatz betrug im Jahre 1985 rund 1.232.599.000 S, wobei in allen Beträgen, die angeführt werden, die Mehrwertsteuer enthalten ist.

Um wirtschaftliche Vorteile für die Stadt Wien beim Einkauf zu erzielen, wurden die Kontakte zwischen der Abteilung und der Einkaufsabteilung der Wiener Stadtwerke weiter intensiviert. Grundsätzlich werden nur Gespräche über jene Artikel geführt, für deren Beschaffung einer der Gesprächspartner einen die Wertgrenze nach § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung übersteigenden Betrag, derzeit 1.150.000 S, aufwenden wird. Die Kontakte werden gehalten, um teilweise gemeinsam Ausschreibungen vorzunehmen, vor allem aber um bei einzelnen Artikeln Preise und Qualität vergleichen zu können. Da von der Abteilung die größeren Mengen beschafft und dadurch günstigere Preise und Konditionen erzielt werden, ergeben sich vor allem Vorteile für die Wiener Stadtwerke. Die Zusammenarbeit betraf im Jahre 1985 vor allem Arbeitsbekleidung, Vorhänge, Schuhe, Werkzeuge, Chemikalien, Büromaterial und Büromaschinen, feste und flüssige Brennstoffe sowie Büro- und Sitzmöbel.

Gemäß § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 22/1970, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 111/1979, sind Dienstgebern, die Aufträge an Einrichtungen erteilen, in denen überwiegend Schwerbehinderte tätig sind, 30 Prozent des Jahresrechnungsbetrages der Aufträge auf die Summe der Ausgleichstaxe, die für das entsprechende Kalenderjahr vorzuschreiben ist, anzurechnen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat die Abteilung sämtliche Aufträge an Einrichtungen im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969 in Evidenz zu halten und die entsprechenden Unterlagen der MA 1 vorzulegen. Im Jahre 1985 wurden Aufträge im Wert von insgesamt 3.891.000 S an diese Einrichtungen vergeben. Vergleicht man diesen Betrag mit dem des Vorjahres, so ist eine Zunahme um das Vierfache festzustellen. Bei Vergaben müssen bereits ab einer Wertgrenze von 230.000 S öffentliche Ausschreibungen vorgenommen werden. Insgesamt wurden Ausschreibungsunterlagen mit einem Gesamtwert von rund 213.000 S verkauft.

Nach der Installierung von drei IBS-Terminals wurde die Textverarbeitung bei den Ausschreibungen, der Nebengebührenverrechnung und bei der Bearbeitung von Personalangelegenheiten eingesetzt. Das System hat sich bewährt und soll ausgeweitet werden.

Bedienstete der Abteilung wurden in Fachnormenausschüsse und Arbeitskreise entsendet, so in den Arbeitskreis Arbeitsschutzbekleidung des Österreichischen Normeninstituts, in den Arbeitskreis Dienst- und Arbeitskleider der MA 17, in den Arbeitskreis „Textilien für öffentliche Bedarfsträger in der höheren Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie“, ferner in die Fachnormenausschüsse Büroeinrichtung, Möbel (Arbeitsgruppe „Behältermöbel“), Vergabe- und Verdingungswesen, Gips im Bauwesen, Zement im Bauwesen, Textile Fußbodenbeläge, Klebearbeiten, Verlegung von Holzfußböden, Dämmstoffe, in den Arbeitskreis Gastronomieporzellan sowie in die Drucksortenkommision. Die MD-VO hat mit 16. August 1985 festgelegt, daß das Normale 177, Leistungskatalog und Vergabekompetenz der MA 17, insoweit abgeklärt wird, als Reinigungsleistungen im eigenen Bereich künftig vom Anstaltenamt selbst vergeben werden. Durch Umorganisation und Raumabteilungen konnten verschiedene Zimmer an andere Dienststellen abgegeben werden.

Eine Reihe von Offerten langte ohne Kennwort und Kennzahl in der Abteilung ein, so daß im Einvernehmen mit der Gruppenleitung festgelegt wurde, folgende Vorgangsweise einzuhalten: Auf das geöffnete Kuvert ist ein Stampiglienaufdruck mit nachstehendem Vermerk anzubringen: „Kennwort und Kennzahl waren nicht ersichtlich, daher von der Kanzlei geöffnet und wieder verschlossen.“ Außerdem ist die Unterschrift des Kanzleibediensteten, der das Kuvert geöffnet hat, unter diese Stampiglie zu setzen. Bei der Eröffnung von Ausschreibungen ist weiters den Firmen mitzuteilen, daß das Kuvert wegen eines Formfehlers in der Kanzlei der Abteilung geöffnet und wieder verschlossen wurde. Um bei Ausschreibungen die Beschreibung der Leistung grundsätzlich wettbewerbsneutral durchzuführen, hat die Gruppenleitung der Abteilung die Anweisung gegeben, wenn in begründeten Ausnahmefällen bestimmte

Firmenerzeugnisse namentlich angeführt werden müssen, weil ihre Beschreibung zu umfangreich wäre oder zu Unklarheiten führen könnte, die Worte „oder gleichwertiges“ zwingend hinzuzufügen.

Die Warengruppe 1 hat die städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime mit lagerfähigen Lebensmitteln zu versorgen, außerdem ist die städtische Bäckerei mit den Rohmaterialien, die zur Backwarenerzeugung notwendig sind, zu beliefern. Insgesamt wurden 6.138 Bestellscheine ausgestellt und 3,285.202 kg Lebensmittel um einen Betrag von 72,391.400 S eingekauft.

Für die Versorgung der städtischen Dienststellen mit Verbandstoffen und Medikamenten im Rahmen der Aktion „Erste Hilfe“ wurden 446.527 S ausgegeben. Die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien erhielten bei Faschings- und Muttertagsfeiern Lebensmittel um den Betrag von 162.230 S. Beim Weihnachtsfest wurde dieser Personenkreis mit Lebensmittelpaketen im Wert von 907.229 S beschenkt. Für die Weihnachtsfeiern, die in den diversen Pensionistenklubs abgehalten wurden, konnten 17.336 Briocheblocks im Wert von 244.091 S beschafft werden.

Bei Mehl und Zucker kam es zu geringen Preiserhöhungen (2,5%). Stärker gestiegen sind die Preise bei Walnußkernen, Haselnußkernen, Erbsen und einigen Gewürzen, bei Kaffeemischungen, Zuckerwaren, kochfertigen Suppen und Saucen, Marmeladen, diversen Kompotten, Kindernährmitteln und Fruchtsäften, Grieß- und Eierteigwaren. Bei einigen Produkten kam es aber auch zu Preisermäßigungen, wie z.B. bei Reis, Kakao, einigen Gewürzen, Mohn, Mandeln und einigen Kompotten, sowie bei Rindsuppenpulver. In der zweiten Jahreshälfte konnte auf Grund der günstigen Preissituation am Rohstoffsektor bei Margarine eine Ermäßigung um 3 bis 10 Prozent und bei Sonnenblumenöl um 3 bis 4 Prozent erzielt werden. Bei Bohnenkaffee, Tee, Kartoffelprodukten, Frucht- und Diabetikerzucker, Essig, Diabetikermarmelade in Portionen, Senf in Großbinden, Rum und Schokolade blieben die Preise gleich.

Textilien und Leder für die städtischen Dienststellen wurden im Wert von 100,155.096 S bestellt, wie nachfolgende Aufstellung zeigt:

	Schilling
10.090 m Woll- und Mischgewebestoffe	2,172.290
4.620 Stück Anstalts- und Kinderdecken	970.600
8.000 Stück Säuglingsdecken	399.360
76.700 m Leinenstoffe	5,941.040
741.980 m Baumwollstoffe	31,070.560
106.107 Stück Frotteewaren	4,543.090
6.600 Stück Windeln	111.500
4.765 m Futter- und Einlagestoffe	164.850
7.989 kg Garne, Spagate, Seile und Wolle	1,415.505
682.715 m Litzen, Bänder, Gurten und Schnüre	556.310
Zwirne, Schlingwolle und Nähseide	1,388.205
Nadlerwaren, Reißverschlüsse	603.355
Knöpfe und Abzeichen	364.753
198.798 Stück Strick- und Wirkwaren (einschließlich Säuglingswäsche)	8,712.710
38.315 Paar Socken, Strümpfe, Strumpfhosen, Handschuhe und Hosenträger	997.215
63.937 Stück fertige Berufskleidung und Wäschestücke	14,101.069
3.160 Stück fertige Überbekleidung	2,338.761
Textilien	955.815
4.252 Stück Federn- und Kunstfaserpölster, Steppdecken	870.110
Vorhangstoffe	2,164.375
Möbelstoffe	274.294
Teppiche und Bodenbeläge	350.083
Schuhe, Stiefel, Turn- und Hausschuhe	4,381.970
Lederwaren, Leder in Stücken	1,080.970
411 Stück Regenmäntel und Regenschutzbekleidung	218.710
Plastikwaren	889.688

Lohnarbeiten wurden in der Höhe von 13,117.908 S vergeben, und zwar:

	Schilling
5.164 Stück Oberbekleidung	3,843.108
59.513 Stück Wäsche und Berufskleidung	1,823.639
2.001 Stück Dienstkappen	375.978
710 Stück Fahnen	331.563
79.860 m Baumwoll- und Leinenstoffe ausrüsten	1,580.670
Tapeziererarbeiten (Nähen und Montage von Vorhängen)	1,365.118

	Schilling
Reparaturen von Uniformen	144.000
Reinigung von Vorhängen, Wäsche, Teppichen und Uniformen	3,336.912
Reparaturen von Schuhen und Stiefeln sowie dazugehöriges Leder	300.000
Reparaturen von Taschen	16.920

Der Gesamtumsatz betrug 100,155.096 S und hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Im Jahre 1985 wurden in größerem Ausmaß Baumwollstoffe, Wolle, Garne und Socken eingekauft. Es wurden auch mehr Baumwoll- bzw. Leinenstoffe ausgerüstet, da der Bedarf an Berufskleidung, die daraus hergestellt wurde, gestiegen ist. Ferner war eine größere Anzahl an diversen Reparatur- bzw. Instandhaltungsarbeiten festzustellen, wozu Tapeziererarbeiten, die Reinigung von Wäsche, Vorhängen, Teppichen und Uniformen sowie Schuhreparaturen zählen. Bei Woll- und Mischgewebestoffen, Leinenstoffen, fertiger Berufskleidung und Oberbekleidung, Regenschutzbekleidung sowie Konfektionierung der Oberbekleidung und Dienstkappen war ein Rückgang festzustellen, was darauf zurückzuführen ist, daß einerseits die Umrüstung der MA 68 abgeschlossen wurde, andererseits die Dienstbekleidung periodisch nach Tragdauer eingekauft wird.

Die Preiserhöhungen betragen durchschnittlich zwischen 2 und 5 Prozent, bei Lederwaren (+10%), Schuhen (+15%) und Tapeziererarbeiten (+15%) lagen die Preissteigerungen über dem Durchschnitt. Bei Säuglingsdecken, Windeln, Knöpfen, Pölstern und Steppdecken, diversen Vorhangstoffen sowie Taschen- bzw. Schuhreparaturen blieben die Preise etwa gleich. Kinderdecken und Teppiche konnten günstiger als bisher eingekauft werden.

Wie in den vorangegangenen Jahren wurde auch 1985 die Dienstbekleidung im Einvernehmen mit der MA 1 bzw. den zuständigen Dienststellen überprüft und teilweise abgeändert. Sämtliche Latzhosen, die vom Zentrallager der Abteilung ausgegeben werden, erhielten Träger mit Gummizug. Für den Küchenbereich der MA 17 wurden neue, rutschfeste Herrenarbeitsschuhe erprobt, die ab 1986 eingekauft und ausgegeben werden. Die neuen, schwer entflammaren Ausstattungen der Betten für die MA 17 werden seit Mitte 1985 praktisch erprobt. Um die entsprechende Eignung in den verschiedenen Spitalsbereichen überprüfen zu können, werden die Tests noch weiter fortgeführt. Im Wäscheausschuß der MA 17, an dem die Abteilung, Warengruppe 2, regelmäßig teilnimmt, wurde beschlossen, mit der Erprobung von schwer entflammbarer Dienstbekleidung für besondere Bereiche, wie z.B. Labors, zu beginnen. Die Abteilung arbeitet derzeit an der Stoffentwicklung, wobei der Stand der technischen Entwicklung berücksichtigt werden muß. Die Umrüstung der Dienstbekleidung für die MA 17 — Rettung wurde insofern erweitert, als für neue Sommerhosen Material und Schnitte neu festgelegt wurden. Diese Hosen werden ab 1986 eingekauft. Die MA 32 — Servicegruppe erhielt ab 1985 zusätzlich Säureschutzoveralls und -handschuhe, die die Bediensteten bei Arbeiten mit Chlorgas schützen. Für die MA 68 — Rathauswache wurde an der Entwicklung neuer Wintermäntel, die beim Tordienst verwendet werden sollen, gearbeitet. Im Einvernehmen mit der MA 27 wurden für die Werkbundsiedlung Außenvorhänge entwickelt, die äußerlich den Originalstoffen um 1930 ähnlich sind, jedoch technisch verbessert werden konnten. Für den Umbau des Sophienspitals in ein Pflegeheim wurden ebenfalls neue Vorhangstoffe und Bettdecken entwickelt, die den modernen Anforderungen nach Schwerentflammbarkeit entsprechen. Im Jahre 1985 wurden schließlich 8.299 Säuglingswäsche- und 5.776 Kleinkinderpakete ausgegeben.

Für Wirtschaftswaren aller Art und Dienstleistungen wurde ein Betrag von 145,929.663 S ausgegeben. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bedeutet dies einen Rückgang von etwa 8,1 Millionen Schilling oder 5,3 Prozent. Die Bestellungen wurden mit 8.578 Bestellscheinen durchgeführt, wobei im Zusammenhang mit der Vergabe insgesamt 1.022 Ausschreibungen, davon 14 öffentlich, durchzuführen waren.

	Schilling
Wasch- und Reinigungsmittel	14,180.368
Streusalz, künstliche Streumittel	1,827.375
Chemikalien und chemische Produkte	8,576.487
Eisen- und Haushaltsartikel	11,126.775
Geschirr aller Art, Küchengeräte	6,679.348
Glüh- und Leuchtstofflampen	11,868.000
Elektrowaren	2,566.980
Gummiwaren	1,412.500
Holzwaren	1,368.749
Bürsten, Besen, Pinsel, Reinigungstücher und Reinigungsmaterialien	8,831.753
Maschinen und Werkzeuge	7,364.812
Waagen, Ankauf und Reparaturen	471.665
Spielwaren und Beschäftigungsmaterial	4,056.996
Feuerlöscher, Ankauf und Reparaturen, Überprüfungen	4,882.600
Reinigungsarbeiten und Schädlingsbekämpfung	47,719.572
Transporte, Autobusbestellungen	6,258.647

	Schilling
Kunststoffartikel	2,929.236
Schaumstoffe, Matratzen, Roßhaar	2,670.640
Diverse Waren	1,137.160

Der Gesamtumsatz ist deshalb zurückgegangen, weil die Entsorgungsbetriebe Simmering im abgelaufenen Jahr kein Flockungsmittel für die Entwässerung des Klärschlammes bestellt haben. Der Umsatz bei Chemikalien und chemisch-technischen Produkten hat dementsprechend abgenommen. Im Bereich Maschinen und Werkzeuge waren die Ausgaben gegenüber 1984 um 3 Millionen Schilling niedriger, da für die Anschaffung größerer Maschinen durch Einsparungsmaßnahmen bei Investitionen weniger Geldmittel zur Verfügung standen. In den Bereichen Eisen- und Haushaltsartikel (plus 1,5 Millionen Schilling) sowie Feuerlöschrichtungen (Ankauf, Reparatur und Überprüfung von Feuerlöschern — plus 1,3 Millionen Schilling) kam es hingegen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zu Umsatzsteigerungen. Die Zuwachsrate bei Eisenartikeln ist darauf zurückzuführen, daß von der MA 52 eine verhältnismäßig größere Anzahl an händischen Schneeräumgeräten als bisher bestellt wurden. Infolge strengerer Sicherheitsvorschriften auf dem Sektor der Feuerlöschrichtungen wurde in den vergangenen Jahren eine große Anzahl von Feuerlöschern für Einrichtungen der Stadt Wien angeschafft. Da diese Geräte auf Grund einer gesetzlichen Vorschrift alle zwei Jahre überprüft werden müssen, steigt dementsprechend von Jahr zu Jahr der Aufwand für die Überprüfungs- bzw. Reparaturkosten. Die Preissteigerungen bewegten sich im Rahmen zwischen 3 und 6 Prozent, so z. B. für Transporte um 3,3 Prozent, Reinigungsgewerbe 5 Prozent, Werkzeuge 4 Prozent, Reinigungsmittel 3 Prozent, Porzellangeschirr 3,5 Prozent.

Im Jahre 1985 wurde eine größere Zahl an öffentlichen Ausschreibungen durchgeführt. Bei Beleuchtungsmaterialien (Glüh- und Leuchtstofflampen) konnten günstigere Einkaufskonditionen als bisher erzielt werden. Die einzelnen Rabattsätze erhöhten sich um 3 bis 6 Prozentpunkte. Es konnte ferner festgestellt werden, daß Firmen bei Ausschreibungen, wie schon in den Vorjahren, sehr knapp kalkulierten, um Aufträge zu erhalten. Die dadurch erzielten günstigeren Einkaufskonditionen kamen den einzelnen Dienststellen zugute.

In einigen Spitälern werden die täglichen Reinigungsarbeiten von Fremdfirmen durchgeführt. Zu Jahresmitte wurde mit dem Erlaß der Magistratsdirektion vom 16. August 1985 die MA 17 ermächtigt, in Eigenkompetenz sämtliche Reinigungen, d. h. Unterhalts- und Fensterreinigungen, in den Krankenanstalten und Pflegeheimen auszusprechen und zu vergeben.

In immer stärkerem Maße sind bei der Anschaffung von Waren geltende Sicherheitsvorschriften zu berücksichtigen, wie z. B. bei Elektrogeräten und Elektromaschinen das ÖVE-Prüfzeichen oder bei Leitern die ÖNORM Z 1500. Die jeweils gültigen Vorschriften wurden als Bestandteil des Vertrages in die Ausschreibungen aufgenommen. Ferner wurden unter anderem auch Wasch- und Reinigungsmittel sowie Chemikalien besorgt. Diese Artikel werden nahezu ausschließlich in Kunststoffgebinden geliefert. Bei Ausschreibungen werden die Bieter aufgefordert, die chemische Zusammensetzung des jeweiligen Verpackungsmaterials bekanntzugeben, damit jene Produkte herangezogen werden, die man möglichst umweltschonend entsorgen kann. Es werden aber auch Firmen aufgefordert, Verpackungsmaterialien zurückzunehmen bzw. vermehrt Leihgebilde an Stelle von Einweggebinden zu verwenden.

Von dem 1985 gekauften Papier (934.700 kg) im Wert von 17.097.100 S entfallen auf holzfreies Schreib- und Druckpapier 342.000 kg, auf mittelfeines Schreib- und Druckpapier 198.100 kg, auf Kartone und Deckel 26.800 kg, auf Packpapier 23.100 kg und auf Toilettenpapier 344.700 kg. Für die Herstellung von Schulheften wurde ein Betrag von 3.047.500 S aufgewendet. Die Paritätische Kommission genehmigte ab 1. Jänner 1985 eine Preiserhöhung für diverse Papiersorten um 5,5 Prozent.

Für verschiedene Bürobedarfsartikel wie z. B. Kohle- und Indigopapier, Farbbänder, Bleistifte, Kugelschreiber, Filzstifte, Radiergummi, Briefordner, Papiersäcke und -taschen, Kuverte, Aktenumschläge, Heft- und Lochmaschinen, Datumsstampiglien, Stempel- und Vervielfältigungsfarben, Lineale, Schreibunterlagen, Papierscheren, Selbstklebebänder, Kleber usw. wurden 12.389.200 S aufgewendet. Ferner wurden unter anderem 87.588 Bücher, Broschüren, Lehrbehelfe, Setzkästen, Spiele, Notenhefte, Arbeitsblätter, Spruchtafeln, Elektronikbaukästen, IBM-Literatur, Testmaterialien, Zeitschriften, Bundesgesetzblätter zu einem Betrag von 9.133.053 S gekauft. Die Ausgaben für 18.383 Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften, Bundesgesetzblättern, Verordnungsblättern, Jahrbüchern, Amtskalendern usw. betragen 5.488.467 S. Für die Fachzeitschrift „Der Aufbau“ (1.085 Stück) wurden 579.950 S aufgewendet. Die Paritätische Kommission genehmigte eine Erhöhung um 3,5 Prozent ab 1. Mai 1985 für Bücher und Broschüren und ab 15. Juni 1985 für Schulbücher und Schulbroschüren. Für die Übersetzertätigkeit in der Hoheitsverwaltung wurde ein Betrag von 159.159 S ausgegeben. Für Plastikwaren, wie Kunststoffsäcke für Spitalsmüll bzw. Wäsche, Kunststoffbecher, Einweggeschirr, Tragtaschen und Folien sowie Hygieneartikel, wurden 20.036.959 S bezahlt.

Für den Ankauf von Büromaschinen und entsprechendem Zubehör wurde ein Betrag von 6.861.253 S aufgewendet. So wurden 22 mechanische Schreibmaschinen, 402 elektrische Schreibmaschinen, 263 Tischrechner, 134 Taschenrechner, 274 Diktiergeräte, 9 Schneidemaschinen, 64 Schriftpräger, 3 Vervielfältigungsmaschinen, 5 Thermokopiergeräte, 1 Kopiergerät, ferner 3 Aktenvernichter, 2 Schablonenbrenngeräte, 46 Spiritusumdrucker, 1 Akten-

paternoster, 2 Stempelmaschinen, 1 Kuponzählmaschine, 5.582 Farbbandkassetten sowie 7.907 Korrekturbänder beschafft. Die Ausgaben für Reparaturen und Wartungen für die Büromaschinen, die im Magistrat verwendet werden, beliefen sich auf 4.251.876 S. Das Kopiervolumen betrug rund 23 Millionen Kopien zu einem Gesamtbetrag von 6.744.535 S. Der Preis pro Kopie wurde mit 1. Juli 1982 auf Grund einer Ausschreibung festgelegt und beträgt rund 0,30 S.

Von der Abteilung wurden 3.012 Druckaufträge vergeben, davon 1.818 an gewerbliche Betriebe und 1.194 an die MA 20. Für die 1.818 Aufträge, die das Gewerbe erhielt, wurde ein Betrag von 35.033.178 S aufgewendet. Mit 1. April hatte die Paritätische Kommission eine 3,3prozentige Erhöhung für Druckerzeugnisse festgesetzt. Für Stampiglien, Siegel und Numeratoren wurden 1.298 Aufträge zu einem Gesamtbetrag von 696.008 S vergeben. Von den 874 Aufträgen an Buchbinder erhielten 270 die MA 20 und 604 gewerbliche Betriebe, wobei für die zuletzt genannten Aufträge ein Gesamtbetrag von 4.551.996 S ausgegeben wurde. Von den 3.478 Aufträgen für Vervielfältigungsarbeiten sind nur fünf an gewerbliche Betriebe vergeben worden, und zwar zu einem Gesamtbetrag von 118.037 S. Mit 15. Mai 1985 hat die Paritätische Kommission einer 5prozentigen Erhöhung für Kartonagen und Faltschachteln zugestimmt.

Der Gesamtaufwand für Papier- und Bürobedarfsartikel, Bücher, Zeitschriften, Plastikwaren, Büromaschinen und EDV-Zubehör, Druckaufträge, Vervielfältigungs- und Buchbinderarbeiten betrug 126.188.271 S.

Die Versorgung der städtischen Dienststellen mit festen und flüssigen Brennstoffen konnte problemlos sichergestellt werden. Der Verbrauch an festen und flüssigen Brennstoffen zeigte im Jahre 1985 eine uneinheitliche Entwicklung. Bei den festen Brennstoffen war insgesamt ein Rückgang um 4,26 Prozent festzustellen, und zwar teils durch die Umstellung diverser Heizanlagen von Koks auf Fernwärme oder Gas, teils durch den geringeren Verbrauch des Pflegeheimes Lainz. Nur bei Braunkohle stieg die Menge gegenüber dem Vorjahr um rund 156 Tonnen, bedingt durch die kurzzeitige Wiederinbetriebnahme der Heizanlage des Wilhelminenspitals als Ersatz für den Ausfall der Wärmelieferung von der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, die durch den Einbau einer Rauchgasfilteranlage einige Zeit stillgelegt war. Bei den flüssigen Brennstoffen hingegen stieg der Verbrauch um 15,27 Prozent, und zwar einerseits durch das kühle Frühjahr, andererseits durch den betrieblich bedingten Mehrverbrauch von 8.577 Tonnen Heizöl schwer der Entsorgungsbetriebe Simmering. Bei den flüssigen Brennstoffen fielen vor allem auf Grund des Rohöl-Preisverfalles zu Jahresende die Preise, und zwar bei Heizöl leicht um 10,68 Prozent, bei Heizöl mittel um 12,70, bei Heizöl schwer (2% Schwefel) um 22,69, bei Heizöl schwer (1% Schwefel) um 20,24 und bei Ofenheizöl um 3,72 Prozent.

An Brennstoffmengen wurden 1.255.057 Liter Ofenheizöl, 73.931 Tonnen Heizöl leicht, mittel und schwer mit 1 und 2 Prozent Schwefel, ferner 4.710 Tonnen Hüttenkoks, 196 Tonnen Inlandsbraunkohle, 121 Tonnen Polnische Steinkohle, 10 Tonnen Schmiedekohle, 237 Tonnen Rekord Briketts, 36 Tonnen Brennholz, 18 Tonnen Sägespäne und 16 Tonnen Unterzünder. Der Aufwand betrug hierfür 417.046.000 S. Für Fernwärmelieferungen der Heizbetriebe Wien-GesmbH. an diverse Dienststellen wurden rund 29.670.000 S bezahlt. Der Gesamtaufwand betrug somit 446.716.000 S.

Die Modernisierung, Ergänzung und Neuausstattung der Räumlichkeiten einzelner Dienststellen sowie der Krankenanstalten und Pflegeheime mit Einrichtungsgegenständen wurde fortgesetzt. Laut der 192. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 7. Mai 1985 waren sämtliche Drehsessel, in die Gasfedern zur Höhenverstellung eingebaut sind, durch speziell geschultes Personal zu prüfen, nötigenfalls mit Sicherungsmuffen zu versehen oder auszuschneiden. Die Kosten für die Aktion beliefen sich auf etwa 1.207.000 S, wobei der Aufwand für die Sitzmöbel, die als Ersatz angeschafft werden mußten, nicht berücksichtigt wurde. Im Rathaus waren nach Umbauarbeiten Repräsentations-, Amts- und Büroräume neu einzurichten. Für die MA 3 wurden 200 Stahlkarteischränke beschafft, um die Personalakten gesichert unterbringen zu können, da die vorhandene Anlage den gesetzlichen und arbeitsrechtlichen Vorschriften nicht mehr entsprach. Nach Renovierungsarbeiten wurden die Räumlichkeiten von Bezirksvorstellungen, Informationslokale sowie die Zentrale Schlichtungsstelle der MA 50 mit entsprechendem Mobiliar ausgestattet, wobei die Beratung, wie die Räume optimal zu nutzen sind, unter Beachtung der wirtschaftlichen Aspekte oft das Hauptproblem war.

Auf die Erneuerung des Mobiliars in den Kindertagesheimen wurde gleichfalls Bedacht genommen, außerdem waren die Kindertagesheime in 6, Gumpendorfer Straße 59, 10, Hebbelplatz, 10, Kempelengasse 5 (I und II), 11, Dopplergasse 2 A, 16, Neumayrgasse 7-9, 19, Heiligenstädter Straße 33, 20, Vorgartenstraße 31-35 und 21, Überfuhrstraße, neu einzurichten. Reparaturen fielen ebenfalls wieder an, die fast ausschließlich von der Tischlerei der Abteilung durchgeführt wurden. In Jugendämtern und Mutterberatungsstellen wurden Teile des Inventars ausgetauscht oder repariert. Besondere Schwierigkeiten machte die Ausstattung von Wohngruppen in Privathäusern sowie der Heime für Kinder und Jugendliche, da die verantwortlichen Psychologen immer mehr Wert auf familien-gerechte Möbel in den Gruppenräumen legen. Für das Sozialamt waren zwei soziale Stützpunkte und eine Wohn-gemeinschaft unter den genannten Gesichtspunkten einzurichten. Außerdem wurde das Inventar zahlreicher Pensionistenklubs überholt oder erneuert. Wohngemeinschaften, subventionierte Gruppen, Vereine und ähnliche Institutionen, die ihre Objekte mit finanzieller Hilfe der Stadt Wien einrichten, lassen sich auf Grund der Empfehlungen des Kontrollamtes immer öfter beraten und müssen die Rechnungen zur Prüfung der Angemessenheit des Preises

vorlegen. Dieser Zeitaufwand wird von den Institutionen, die betreut werden, geschätzt, da sie die wirtschaftlichen Vorteile, die die Abteilung bei der Anschaffung hat, nützen und dadurch oft wesentliche Einsparungen erzielen können.

In Zusammenarbeit mit der MA 13 wurde die Einrichtung in den Außenstellen der Städtischen Bücherei in 15, Hütteldorfer Straße 7-17, und 18, Weimarer Straße 8, erneuert. In den Objekten des Gesundheitsamtes waren vor allem Reparaturarbeiten erforderlich, die von den Werkstätten der Abteilung durchgeführt wurden. Im Bereich der MA 17 wurden Verwaltungs- und Büroräume neu eingerichtet bzw. die Ausstattung ergänzt. In den einzelnen Anstalten wurden zahlreiche Sitzmöbel ausgetauscht, Büroausstattungen erneuert und ergänzt. Die Belieferung des Wilhelminenspitals, des Pulmologischen Zentrums und des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgarten sowie der Pflegeheime Lainz, Baumgarten, Liesing und Sophienspital mit Schrankwänden zur Unterteilung von Pflegezimmern sowie mit Garderobeschränken für das Personal war ebenfalls durchzuführen.

Für die MA 18 wurden die Räumlichkeiten für eine Projektleitung eingerichtet, die entsprechend einem Beschluß des Gemeinderates mit der Lösung der verkehrsbedingten Probleme im Bereich des Gürtels und der Süd- und Westeinfahrt befaßt ist. In Zusammenarbeit mit der MA 24 waren auf Grund des Postgesetzes Hausbrieffachanlagen im Werte von etwa 487.000 S anzuschaffen und zu montieren. Ferner wurden städtische Wohnhausanlagen mit verglasten Anschlagvitriinen für die Namen der Mieter sowie für amtliche Ankündigungen ausgestattet. Im Jahre 1985 wurden hierfür 300.000 S aufgewendet. Eine Reihe von technischen Abteilungen, wie die MA 27, 29, 32, 34, 35, 36, 37 und 46, erhielten zusätzlich Personal sowie Räumlichkeiten, wurden neu organisiert bzw. gründeten neue Gruppen. Die teilweise überalterte und reparaturbedürftige Einrichtung in den Räumlichkeiten konnte aus budgetären Gründen nur schrittweise ergänzt und ausgetauscht werden, so daß diese Arbeiten erst in diesem Jahr abgeschlossen wurden. Im Auftrag der MA 24, 27, 42, 45 und 52 wurden für Garten- und Parkanlagen sowie für die Donauinsel Tische, Bänke und Sitzbankkombinationen im Wert von rund 8,305.000 S beschafft. Weiters wurde die Ausschreibung besonders für dampf- und wasserresistente Sitzmöbel, die für die Bezirks- und Hallenbäder bestimmt sind, durchgeführt und diese angeschafft. Veralterte Einrichtungen in den Dienststellen der MA 48 konnten zum Teil ausgetauscht und erneuert werden. Die Schulen wurden in Zusammenarbeit mit der MA 56 mit dem notwendigen Mobiliar unter besonderer Bedachtnahme auf die ÖNORM A 1650, die körpergerechte Schulmöbel empfiehlt, ausgestattet. Aufträge für Reparatur- und Renovierungsarbeiten in der Höhe von 12,146.200 S wurden vergeben. Ferner waren auch die notwendigen Lehr- und Lernmittel auszuschreiben und nach der Begutachtung durch die Fachinspektoren des Stadtschulrates anzuschaffen. Für die Handelskammerwahl, die Volksbefragung und zwei Volksbegehren mußten die Wahl- bzw. Abstimmungslokale zweckentsprechend ausgestattet werden. Der Austausch und die Nachschaffung beschädigter Wahlgeräte wurden gleichfalls veranlaßt. Die Preiserhöhungen hielten sich in dem Rahmen, der von der Paritätischen Kommission vorgegeben war: Holzmöbel stiegen um etwa 3 Prozent, Metallmöbel um 2,2 Prozent.

Für Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden, den Schulbedarf ausgenommen, 61,297.700 S ausgegeben. Dazu kommt der Aufwand für die in den Werkstätten der Abteilung reparierten Gegenstände in der Höhe von 6,743.000 S. Für die Neuanschaffung von Schulmöbeln, Lehr- und Lernmitteln wurden 22,486.570 S aufgewendet, für die Reparatur von Schulmöbeln und Lehrmitteln 12,146.195 S. Ferner ist noch der Aufwand für die Ausstattung von Park- und Erholungsanlagen in der Höhe von 8,305.000 S zu nennen. Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten betrug 24,814.650 S.

Die Versorgung der städtischen Baustellen mit Baustoffen aller Art konnte klaglos und termingerecht durchgeführt werden. Insgesamt wurden Baumaterialien mit einem Gesamtgewicht von 539.193 Tonnen beschafft, wofür 172,482.697 S erforderlich waren. 758 Anträge wurden gestellt und 11.497 Rechnungen erledigt. Die Materialmengen setzten sich wie folgt zusammen:

	Tonnen	Schilling
Kalk, Sand, Stahl, Steinzeug, Beton- und Eisenwaren	33.816,23	59,487.302
Zement, Ziegel, Granitmaterial, Schotter, chemische Produkte, Holzwaren	505.376,56	112,995.395
Nach Bedarfsträgern gegliedert, entfielen davon unter anderem auf:		
	Tonnen	Schilling
Nutzbauten	283,99	2,976.564
Wohnhausbauten	2.277,55	32,587.489
Kultur-, Schul- und Sportwesen	570,69	5,508.742
Straßenbau	123.718,98	38,510.570
Kanalisation	105.610,53	26,603.720
Wasserwerke	138.918,51	17,774.746
Stadtreinigung und Fuhrpark	28.900,27	2,513.412
Wasserbau	105.234,34	20,016.583
Sonstige Abteilungen	32.616,83	19,499.395
Wiener Stadtwerke	407,33	795.647
Sonstige Unternehmungen	653,77	5,695.829

Preiserhöhungen, die von der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen genehmigt wurden, mußten den Firmen zugestanden werden. Im Jahre 1985 wurde der Baustofflagerplatz in 3, Erdberger Lände 90, aufgelassen und die Grundflächen einem U-Bahn-Betriebsbahnhof zur Verfügung gestellt.

Die Inventurdauer konnte im Zentrallager durch Zusammenlegung fünf verschiedener, zeitlich gestaffelter Teilinventuren zu einer Gesamtinventur von zehn auf zwei Wochen reduziert werden. Die städtischen Dienststellen können somit während des gesamten Geschäftsjahres fast unbeschränkt auf die vorhandenen Lagerbestände zugreifen. Durch die EDV-gesteuerte Versorgung der städtischen Wohnhausanlagen mit Beleuchtungs- und Reinigungsmaterial wurde ein weiterer Schritt zur bürgerfreundlichen Hausverwaltung gemacht. Der freie Altwarenverkauf, der im Zentrallager durchgeführt wird, konnte durch dezentrale Verkaufaktionen in den Bezirken und beim „Tag der offenen Tür“ neue Interessenten gewinnen. Ein gut sortiertes Angebot sowie ein ständig wachsender Kundenkreis bewirkten, daß die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen sind. In den Werkstätten des Zentrallagers wurde die bereits 1984 projektierte Späneabsaugung neu installiert, die nicht nur die Staubentwicklung im gesamten Arbeitsbereich wesentlich reduziert, sondern bei der Einsammlung der Staub- und Späne Teile eine umweltfreundliche Entsorgung durch Containern ermöglicht. Der hauseigene Müll wird ähnlich wie der Staub und die Späne aus den Werkstätten mit zwei Containern entsorgt, die auch noch eine Kostensenkung der Müllausgaben bewirken.

In der Tischlerei wurden für die Neugestaltung der städtischen Kindergarten- und Hortmöbel Entwürfe ausgearbeitet und entscheidende Entwicklungsarbeiten durchgeführt. Durch den stärkeren Einsatz von Holz an Stelle von Metallteilen sowie das Abrunden aller Ecken und Kanten an den Möbeln sollen Unfälle vermieden werden. Gegen Jahresmitte wurde mit der Überprüfung der Sicherheit aller Drehstühle mit Gasfedern, die im Gemeindehaushalt vorhanden sind, begonnen, was von speziell geschulten Mitarbeitern der Werkstätten durchgeführt wird.

Die städtische Bäckerei hat die Versorgung der städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime mit Brot und Gebäck durchzuführen. Im Jahre 1985 wurden insgesamt 1.407.380 kg Backwaren erzeugt, und zwar an Schwarz- und Weißbrot 851.000 kg, an Schwarz- und Weißgebäck 394.043 kg sowie an Milchgebäck 162.337 kg. Hierbei wurde ein Umsatz von 31.151.451 S erzielt. Durch die Mehlerhöhung ab 1. August 1985 um etwa 2,5 Prozent und die zur gleichen Zeit wirksam gewordene Lohnerhöhung in der Backwarenindustrie um rund 4,7 Prozent mußten die Preise für Backwaren neu kalkuliert werden. Die neuen Preise sind mit 2. September in Kraft getreten. Die Stadt Wien hat einen weiteren Beitrag zur Verminderung der zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit dadurch geleistet, daß sie in der städtischen Bäckerei ab September 1985 einen zweiten Bäckerlehrling eingestellt hat.

Im Betrieb wurde das Bad neu isoliert und installiert. Weiters wurden eine Weißbrotteigteilmaschine und ein Bodenreinigungsgerät angeschafft. Der Heizgang wurde mit neuen Fenstern ausgestattet, die Elektroinstallationen überprüft und auf Betriebssicherheit umgebaut.

An Rohmaterialien wurden unter anderem 626.715 kg Mehl W 700, 193.135 kg Mehl R 960, 92.378 kg Mehl W 1600, 26.215 kg Hefe, 18.600 kg Speisesalz und 9.835 kg Back-Aroma-Sauer verbraucht.